

Rheinische Volkszeitung

Telegramm-Adresse:
Volkszeitung Wiesbaden.

Wiesbadener Volksblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, ebenso 4 Uhr. Haupt-Expedition in Wiesbaden, Friedrichstr. 20; Zweig-Expeditionen in Oestrich (Otto Eitner), Marktstraße 9 und Eltville (B. Habig), Gute Gutenberg- und Taunusstraße. Über 200 eigene Agenturen in Nassau.

Regelmäßige Frei-Berlagen:
Essentlich einmal: Rätsel- und Lieder-Kreiselschlagblatt „Sternen und Blumen“; zweimaliges „Wiesbadenes Sonntagsblatt“. Zusätzlich jährlich: „Geschenk des Kaisers“; Nassauischer Kalender. Einmal jährlich: „Jahrbuch mit Kalender.“

Nr. 38 — 1914

Dienstag
17
Februar

Fernsprecher: In Wiesbaden Nr. 626,
in Oestrich Nr. 6, in Eltville Nr. 216.

Bezugspreis für das Vierteljahr 1 Jahr 95 Pf., für den Monat 95 Pf., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 2 Jahr 97 Pf., monatlich 70 Pf., mit Bestellgeld. — Anzeigenpreis: 20 Pf. für die kleine Seite
etwa dreißig Zeichen 25 Pf., Kolumnenzeile 1 M.; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachschlag gewährt.

Chefredakteur: Dr. phil. Franz Geueke
Bemerkenswert: Der Sohn und Neffe: Dr. Art. Geueke; für den ersten
rechtskräftigen Titel Justizrat Ottmar Geueke-Dietrich für Geschäftsführer und Nachfolger
D. D. Dahmen (seitlich) in Wiesbaden. Rechtsanwalt und Berater von
Germann Rauch in Wiesbaden.

32. Jahrgang.

Die Wiesbadener Schul-deputation

Wiesbaden 16. Febr. 1914.

In den nächsten Tagen finden die Neuwahlen zur Schuldeputation statt mit Ausnahme der Mitglieder, deren Angehörigkeit zur Schuldeputation gesetzlich festgelegt ist. Wir halten es für zweckmäßig, die Oeffentlichkeit noch einmal auf die in der bisherigen Schuldeputation bestehende Kraze Imparität und manelnde Rücksicht auf den christlichen Charakter unserer Schulen zu erinnern.

In unserem Artikel „Die nassauische Simultanischule als Schule zur Anerkennung der Katholiken“ in Nr. 25 hatten wir die bekannte Auseinandersetzung des Herrn Justizrat von Ed in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung: „Wir wären ja Esel, wenn wir einen katholischen Lehrer in die Schuldeputation wählen würden, ein Mitglied des kathol. Lehrervereins, der auf seiner Fahne steht hat: Bekämpfung der Simultanischule“ als rechtlich unhaltbar und als Prinzip zur Vergewaltigung der Katholiken verdeckt. Herr Justizrat von Ed hat in seiner Rede sich dazu geäußert. Das „Wiesbadener Tagblatt“ brachte durch seinen — Korrespondenten in einem „die Simultanischule“ überzeichneten Artikel in Nr. 55 eine Erwiderung, die durch Ablenkung anstatt durch Widerlegung die allen, auch der fortgeschrittenen Partei, sich aufdrängende Wirkung unseres Artikels abwenden sollte. Anstatt auf die Auseinandersetzung des Herrn Justizrat von Ed oder auf unsere Beiträge der Imparität einzugehen, steht der — u — Korrespondent als Sandro Pansa in dem Windmühlenkampf gegen eine nicht bestehende Verhärtung der Simultanischule durch den kath. Lehrerverein den Alarmerus aus: „Unsere Simultanischule ist in Gefahr“. Ein wunderliches Ding die Simultanischule, die beim Verlongen der Katholiken nach willkürlicher Simultanität d. h. nach Gleichberechtigung der Konfessionen schon gefährdet sein soll! Eine Aussöhnung, die ebenso wie die Worte des Herrn Justizrat von Ed dokumentiert, dass nach freimaurerischen Grundsätzen die nassauische Simultanischule eine Schule zur Anerkennung der Katholiken sein muss! Also doch! Nach den Worten des „W. Tagl.“ soll die nassauische Simultanischule „eine segensreiche Einrichtung zur Förderung der konfessionellen Duldsamkeit“ sein. In welcher Schule war denn Herr Justizrat von Ed?, in welcher Schule waren denn die übrigen Schuldeputationsmitglieder und die Stadtverordneten, die anstelle des verstorbenen Schuldeputationsmitgliedes Nassauhs die Wahl eines Katholiken befürwortet? in welcher Schule waren die Mitglieder des Schulrätoriums, die bei der Wahl eines Direktors für das Lyzeum I anstalt des dahier praktisch bewährten Katholiken einen auswärtigen Nichtkatholiken, den man nur von Hören sagen kann, vorzogen? eine Intoleranz, die den befreindeten Mitgliedern des Schulrätoriums ein gewiss einwandfreier Zeuge, der Magistrat selbst, durch Anerkennung der Wahl bestätigt hat. Aus welcher Schule sind die Mitglieder der Stadtverwaltung hervorgegangen, die bei der letzten Wahl eines befreindeten Beigeordneten so unduldlich gegen die Katholiken ihre Majorität ausgenutzt haben? Die Ereignisse der letzten Monate dahinter stehen nicht im Einklang mit dem Urteil des W. Tagl. über die Simultanischule als einer „segensreichen Auffassung zur Förderung der konfessionellen Duldsamkeit“. Im Gegenseite zu der dahier herrschenden Praxis fragen wir, aus welchen Schulen sind in Rheinland und Westfalen die Katholiken hervorgegangen, die in den dortigen Stadtverwaltungen und besonders in Schulangelegenheiten gegen die protestantischen Minderheiten nicht bloß duldsam, sondern geradezu entgegenkommend sind? Die Frage, ob im allgemeinen der Katholik als Katholik sich durch Toleranz auszeichnet oder ob die größere Duldsamkeit in Rheinland und Westfalen die Frucht der Konfessionschule ist, überlassen wir dem W. Tagl. zur Entscheidung. Wir Katholiken erblicken in der Simultanischule eine bedauerliche Auffassung zur religiösen Verachtung und Konstatieren in der Stadt, die die Simultanischule als „ein kostbares Vermächtnis der Vorfahren“ betrachte, eine wahnsinnige Imparität. In der Simultanischule wird die religiöse Erziehung der Kinder beider Konfessionen beeinträchtigt, weil das religiöse Moment, von den Religionsstunden abgesehen, abweichen muss; am meisten lebt natürlich die katholische Erziehung, weil der grösste Reichsstaat des kath. Glaubens und des kath. Kultus eine weit eingehendere Beschäftigung verlangt. Zur Simultanischule gesetzungen, fordern die kath. Eltern aber eine wirkliche Gleichberechtigung der Konfessionen, nicht bloß in der Anstellung der Lehrer und Lehrer, sondern noch vielmehr in der Schulaufsichtsbehörde. Einen Herrn, der durch seine antikatholische Intoleranz der Grundlage der Simultanischule, der Gleichberechtigung der Konfessionen, widerwirkt, müssen wir für die Wahl zur Schuldeputation als durchaus ungeeignet erklären. Den entschiedenen, aber fachlichen Protest des katholischen Lehrervereins unterschreibt die kath. Bevölkerung der Stadt, die eine einzige Wiederwahl des Herrn Justizrats von Ed als schwere Straftat empfinden möchte. Bezeichnenderweise hat das „Wiesbadener Tagblatt“ seinen Lesern nicht einmal Kenntnis von dem Proteste zu geben gewagt, der diesem wie den anderen Wiesbadener Blättern vorgegangen war.

Wie ausgesprochen antikatholische Intoleranz von der Mitwirkung bei der Leitung der Simultanischule, die auf der Gleichberechtigung der Konfessionen aufgebaut ist, anschließt, so muss in gleicher Weise oder noch vielmehr von der Wahl zur Schuldeputation ausgeschlossen sein, wie durch seine öffentliche Tätigkeit sich in Gegensatz zur geistlich christlichen Schule stellt. Einen solchen Gegenstand erblicken wir in dem Vorschlag des „Vereins für Feuerbestattung“. Wie die katholische Kirche, die eine der bei der Simultanischule beteiligten Konfessionen, zur Feuerbestattung steht, dürfte wohl allgemein bekannt sein: für den Katholiken ist die Feuerbestattung unter Strafe der Verweigerung der Sakramente und der furchtbaren Verdigung verboten. Die Stellung des Protestanten kommt in einem Erlass des Evangelischen Oberkirchenrates (vgl. „Rhein. Volkszeitung“ vom 1. Dezember 1911) zum Ausdruck, worin es heißt: „Der Evangelische Oberkirchenrat hält im Einvernehmen mit den Verbündeten der Generalsynode nach wie vor daran fest, dass es Pflicht und Aufgabe der Kirche sein muss, den durch die christliche Sitte geheiligen und mit dem christlichen Brauch des Erdbecketts eng zusammenhängenden Brauch des Feuerbestattung zu bewahren und zu pflegen.“ Der Vorst in einem Verbundverein für Feuerbestattung droht also den Inhaber nicht bloß nach katholischer Auffassung, sondern auch nach der Erklärung des Evangelischen Oberkirchenrates im Einvernehmen mit den Verbündeten der Generalsynode“ in Gegenwart zu der „christlichen Sitte“ und „dem christlichen Gefühl unseres Volkes“ beider Konfessionen. Den Vorst im bietigen Verein für Feuerbestattung und die Mitgliedschaft in der bietigen Schuldeputation, die die geistlich christliche Simultanischule zu leiten hat, müssen wir als unvereinbare Gegenseite bezeichnen und wir müssen deshalb eine etwaige Wiederwahl des Herrn Justizrat Dr. Ed bestreiten, des 1. Vorstehenden des Vereins für Feuerbestattung, als dem Geiste des Gesetzes widersprechend und als Verleugnung „des christlichen Gefühls unseres Volkes“ erklären. Wenn in der Schuldeputation ein Amt als schultechnisches Mitglied erwählt ist, so wähle man ein solches Mitglied im Geiste des Gesetzes.

Welche Berechtigung hat in der geistlich christlichen Simultanischule und dem entsprechend in der Schuldeputation die liberale evangelische Richtung, die nach dem „Tagblatt“ „keineswegs antisemitische Tendenzen hat“? Wenn die liberale evangelische Richtung mit der Weitsicht der bietigen Modernen Bibelabende identisch ist, so müssen wir die liberale evangelische Richtung als völlig entchristliche bezeichnen und derselben die Berechtigung, in der geistlich christlichen Schule zu unterrichten und in der Schuldeputation eine solche Schule zu leiten, absprechen: die traditionell geistlich christliche Simultanischule ist nicht eine Schule der modernen Bibelabende. Gemäß „Wiesbadener Tagblatt“ Nr. 522 vorigen Jahres hat der Generalsuperintendent Ohly in seiner ersten Predigt in der Lutherkirche gesagt: „Sie begeistern sich für das moderne Evangelium der Selbstlösung; das aber ist das altherauende: Bis hinein in die Kirche erfreut sich ihre räuberische Hand.“ Da „die räuberische Hand“ in der Schule in dem Heiligtum der Kinderherzen keine Berechtigung hat und folgerichtig auch in der Schuldeputation als vergewaltigender Eingriff abgewehrt werden muss, darin sind wir Katholiken mit den gläubigen Protestanten in Übereinstimmung. Nach der erfreulichen Stellungnahme des Herrn Generalsuperintendenten glauben wir vorerst abwarten zu können, welchen Verlauf die gegenwärtige Krise innerhalb der protestantischen Kirche nimmt. Wenn Klärung eingetreten und der positiv-christliche Charakter unserer Volkschule beeinträchtigt werden sollte, dann werden wir mit allen gesetzlichen Mitteln „die räuberische Hand“ bekämpfen. Da handelt es sich um Fragen, die nicht etwa bloß in der Wiesbadener Schuldeputation oder im Wiesbadener Stadtparlament verhandelt werden, das sind Fragen, die vor einem ganz anders zusammengesetzten Forum entschieden werden. Der heutige Kreislauf, nicht der katholische Lehrerverein, ist es, der an der Fortsetzung der traditionellen nassauischen Simultanischule arbeitet.

Wir schließen mit unseren früheren Worten: die Katholiken und mit ihnen die gläubigen Protestanten erwarten bei der Neuwahl der Schuldeputation im Interesse des geistlich christlichen Charakters unserer Schulen eine wesentliche veränderte Konstellation.

Ein Fehler?

Aus Wien wieh und geschrieben:

Das Prinz Wilhelm Wied im letzten Augenblick seine Absicht geändert hat, sich in den vatikan zu begeben, um dem hl. Vater seine Aufwartung zu machen, darf zum mindesten befremden. Wenn der Prinz um Italien „nicht zu verlegen“, diesen Besuch nicht als offiziell machen wollte, und sich, wie ja auch behauptet wird, deshalb im vatikan ein Refug geholt hat, so kann man der Kurie nur recht geben.

Gewiss hofft Prinz Wilhelm Wied Österreich und Italien, die sich für seine Wahl sehr energisch eingesetzt haben, großen Dank. Aber, wieviel dieser Dank ihn davon hindern konnte, beim hl. Vater, den ein großer Teil seines zukünftigen Volkes als sein geistiges Oberhaupt verehrt, seine Ehrerbietung zu bezeigen, das bleibt zum mindesten ein Rätsel. Wenn Fürst oder König Wilhelm erst einmal sein Land kennen gelernt hat, das er bisher doch nur aus Erzählungen und Berichten zu beurteilen vermag, dann wird er höchstens einsehen und erkennen, welch ein gewaltiger Kulturfaktor die katholische Kirche für Albanien gewesen ist, wie sie, unmittelbar der größten Gefahren sich nicht hat zurückführen lassen, ihrer hohen Mission dort zu wachten, und welch reicher Segen vornehmlich aus den Missionen der Kongregationspatres dem Land geworden ist. Für ihren Glauben und die Sache des albanischen Volkes hat im Laufe der Zeit so mancher dieser strommen und tapferen Missionare, die nicht nur den Glauben, sondern auch die ersten Anfänge einer höheren Bildung den Sklaven lebten, den Märtyrer Tod erlitten! Schon die Erinnerung an das heldenmäßige Ausderten und Dulden der katholischen Bürger des Staates, an dessen Spize er zukünftig stehen wird, hätte, so sollte man wenigstens meinen, also dem Prinzen Wilhelm Wied Veranlassung sein sollen, seinen Dank hierfür dem Oberhaupt der katholischen Kirche auszusprechen, ganz abgesehen von der üblichen Courtoisie, die diesen Besuch doch zu gebieten scheint. Wie sich die italienische Regierung hierdurch hätte beeinträchtigt fühlen können, das ist völlig unverständlich.

Nun wird freilich erklärt, man hätte in der Consulta dem Prinzen von einem offiziellen Besuch abgeraten, damit die Orthodoxen und die Muhammedaner Albaniens nicht gegen ihre katholischen Mitbürger und gegen den Prinzen selbst angebracht werden könnten. Auch dieser Grund ist nichts anderes, als ein Scheingrund, das geht schon daraus hervor, dass die Albaner selbst den Besuch für gewiss annahmen. Und es wäre wahrsch. sehr schlimm um die Zukunft des Landes und seines Fürsten bestellt, wenn der Ausdruck der Dankbarkeit und der Ehrerbietung gegen den hohenpriesterlichen Geist schon genügen würde. Verstimmungen in albanischen Volks zu erzeugen.

Wie wenig dies aber in Wahrheit zutrifft, geht schon daraus hervor, dass die türkischen Albanien, die das härteste Kontingent unter der Bevölkerung stellen, nie gesagt haben, dem Oberhaupt der katholischen Kirche und den katholischen Bischöfen des Landes mit Achtung zu begegnen.

Wer also dem Prinzen Wilhelm Wied den Rat gegeben hat, durch allerhand „Gründe“ bewogen hat, seine offizielle Amtsräte im vatikan zu machen, hat ganz gewiss ihm keinen sehr guten Rat erzielt, und man muss es daher aufrichtig bedauern, dass der Prinz, der eben die Verhältnisse und Zustände Albaniens noch gar nicht übersehen kann, sich zu seinem Entschluss bringe. Es ist nur zu wünschen, dass in Zukunft derartige, gewiss ganz unbedachtigte Missgriffe sorgfältig vermieden werden. Der Prinz könnte durch seinen Besuch beim Wiener Patriarchen sein Versehen gut machen zu wollen, aber dieser Besuch kann kaum als ein Erfolg für den nicht gemachten in Rom gelten!

Deutsches Reich

Bur inneren Lage

München, 16. Febr. Die „Bayerische Staatszeitung“ bemerkt in ihrer heutigen Montagsausgabe zur inneren Lage des Reiches:

In der inneren Politik des Reiches ist die im Interesse der ungeliebten Wirkungen der nationalen Kräfte erwünschte Ruhe allmählich wieder zurückgeführt. Die vorzeitlichen Worte, welche der Reichskanzler beim Maile des Deutschen Handelskongresses sprach, werden dazu beitragen, diesen Gesundungsprozess zu beschleunigen. Was der Reichsanzler über die Verlebensfähigkeit einer gewissen Sorte von Particularismus sagte, wird jeder in Deutschland, der den Reichsgedanken und seine Bedeutung für unsere innere Geschlossenheit richtig erfasst hat, mit Genugtuung vernommen haben. Wir haben einen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen, der die Bewunderung und das Staunen des Auslandes erregt. Mit diesem Staunen ist ans erste der Reis verbunden. Dieser Reis beschäftigt mit gespannter Aufmerksamkeit die Symptome der Eigenbrüderei, wie sie in jüngster Zeit im Norden des Reiches zu verzeichnen waren. Es mag sein, dass er sie überwindet. Es wäre aber des Geschlechtes, das die Freude der Österreicher gemacht, jede Gelegenheit partikularistischer Anteilnahme jenseits zu weiden. Mit Beobachtung kann das deutsche Volk auch den Stimmungsumschwung verzeichnen, der sich in den Reichslanden geltend macht. Die sympathische Art, mit der die neuen Männer sich in Straßburg einzufinden, lässt erwarten, dass die Ruhe, die in Elsaß-Lothringen eingesetzt, sich zu einer dauernden gestalten wird. Der erfreuliche mahvolle Ton, den die reichsländische Presse in der jüngsten Zeit ausstößt, scheint eine gewisse Bürgschaft für die Verwirklichung derartiger Wünsche zu bieten. Notwendig ist es aber, dass nun mehr auch die übrige deutsche Presse der weiteren Entwicklung der Dinge in Elsaß-Lothringen Wohlwollen und Verständnis bezeugt und den aufrichtigen Willen befindet, in der Verfestigung des inneren Friedens in den Reichslanden in Ruhe und Besonnenheit mitzuarbeiten.

Aus dem Heere

Berlin, 16. Febr. Französische Zeitungen berichteten kürzlich über zahlreiche Erkrankungen in der französischen Armee. Der Berliner Korrespondent des Pariser „Journal“ meldete darüber Einzelheiten über den derzeitigen, angeblich mangelhaften Gesundheitszustand des deutschen Heeres. Er sprach von 12 000 Soldatenkranken! Besonders in Melleidenschaft seien die Garde, das 4., 6., 14., 15. und 16. Armeecorps gezogen. Einige Regimenter und Garnisonen waren namentlich bezeichnet. Von zufriediger Seite erhält das Wollfische Büro hierzu folgendes: Deutzen diese Mitteilungen des französischen Korrespondenten auch an und für sich schon den Stempel der Unwahrheit an der Stirn, so lobt es sich dennoch, sie im einzelnen zu widerlegen. Der Krankenzugang — Lazaret und Revier — in der preußischen Armee einschließlich Sachsen und Württemberg betrug im Januar 1914 53,7 vom Tausend der Infanterie gegen 55,9 im Januar 1913. Die in der französischen Meldung als besonders ungünstig bezeichneten Armeecorps haben folgenden Gesamtankenzugang zu verzeichnen gehabt: Gardekorps im Januar 1914 47,1 Prozent gegen 65,6 Prozent im Januar 1913, 4. Armeecorps im Januar 1914 49,0 Prozent gegen 50,8 Prozent im Januar 1913, 6. Armeecorps im Januar 1914 59,3 Prozent gegen 59,9 Prozent im Januar 1913, 14. Armeecorps im Januar 1914 54,9 Prozent gegen 63,5 Prozent im Januar 1913, 15. Armeecorps im Januar 1914 50,7 Prozent gegen 56,7 Prozent im Januar 1913, 16. Armeecorps im Januar 1914 46,7 Prozent gegen 48,8 Prozent im Januar 1913. Das Gardekorps und das 4. und 16. Armeecorps stehen noch unter dem Durchschnitt des Gesamtankenzugangs der Armee. Wenn von den französischen Berichterstatter Angaben über das Auftreten von ansteckenden Krankheiten im deutschen Heere gemacht worden sind, so trifft dies in seiner Weise zu. Von Anfang Januar bis 13. Februar sind, abgesehen von neun Schalldurchschlägen beim Feldartillerieregiment Nr. 16 in Wollendorf, sechs Diphtherieerkrankungen beim Jägerbataillon Nr. 7 in Alsfeld und einigen leichten Erkrankungen an Grippe auf dem Trainabteilungsbataillon Dommerstein beim Trainbataillon Nr. 20 von ansteckenden, als Epidemie aufzufassenden Krankheiten in der preußischen Armee nur noch im Bereich des 14. Armeecorps drei bis jetzt vereinzelt geübte Grippefälle zur Meldung gekommen. Der Gesundheitszustand ist demnach in den zurückliegenden Wochen und zur Zeit besser als je zuvor. Das deutsche Volk braucht sich also nicht durch die mahlenden Nebentreibungen des französischen Berichterstatters beunruhigen zu lassen.

Toleranz und Schulfrage

Wiederholte schon haben wir an Hand statistischer Zahlen den Beweis erbracht, dass katholische Gemeinden den Altkatholiken auch kleinen evangelischer Minoritäten viel weiter entgegenkommen, als umgekehrt. Man wird sich noch u. a. der Fälle Lauenburg in Pommern und Reinhardswald bei Berlin erinnern, wo trotz des Vorhandenseins von 250 bzw. 350 katholischen Kindern die Gemeinden, trotz des geistlich begründeten Anspruchs der Katholiken, sich hartnäckig weigerten, für die katholischen Kinder eine Schule ihrer Konfession zu erreichten. Es bedurfte erst des Eingreifens des Kultusministeriums und der Einleitung eines Zwangsverfahrens, um den Gemeinden ihre geistliche Pflicht klar zu machen. Zu Reinhardswald einigte sich die Gemeinde mit den katholischen Eltern, um der Gemeinde nicht eine große Kostenlast auf einmal aufzubürden, dabin, dass zu Ostern 1913, 1914 und 1915 an zwei Stellen der Gemeinde je zwei katholische Schulklassen von unten aufzubauen eingerichtet werden sollten. — Dieses Entgegenkommen der Katholiken scheint bei der liberalen Gemeindeverwaltung wenig Dank zu finden. Zu Ostern 1913 sind je zwei Klassen für die katholischen Schüler eingerichtet worden. Nun sucht man sich an der Platte, zu Ostern 1914 zwei weitere Klassen einzurichten, vorberezuden. Nach dem Bericht der „Kundschau“ für Reinhardswald vom 25. Januar 1914 schlägt die Verwaltung in der Gemeindevertretersitzung vor, „die katholische Schule wegen der geringeren Schülerzahl nur im Gebäude der liberalen Gemeindeverwaltung einzurichten, im Gebäude der katholischen Gemeindeverwaltung keine Schule zu schaffen“. Das würde bei der außerordentlich gefreudeten Lage Reinhardswalds die Folge haben, dass für die inberacht kommenden katholischen Kinder des Kreises der Schulweg um wenigstens eine Viertelstunde verlängert würde: Der sozialdemokratische Gemeindevertreter Schönberg wandte sich

gegen den Vorschlag, weil doch von erfolgreichem Unterricht keine Rede sein könnte, wenn man den dürrig bekleideten und kleinen Kindern einen so weiten Weg zumute! Der Beigeordnete erwiderte, daß die Forderung auf Errichtung einer katholischen Schule ja von den gesetzlich vorgesehenen Bürgern von mehr als 120 Kindern gestellt sei. Darauf habe die Schule, die noch nicht nötig gewesen sei, eingerichtet werden müssen. Jetzt sei der Aufstand eingetreten, auf den man vorher hingewiesen habe. Somit müßten die Urheber die Folgen tragen. „Man hat uns kein Entgegenkommen gezeigt“. Der Vorschlag der Verwaltung wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen; die Sozialdemokraten als Vertreiber der konfessionellen Schule gegen freikirchliche Gemeindevertreter. Recht bezeichnend sind die Ausführungen des Beigeordneten Reichels! Also weil die Katholiken von ihrem gesetzlich verbrieften Recht auf Errichtung einer katholischen Schule Gebrauch machen, weil die Gemeindeverwaltung trotz der großen Zahl katholischer Kinder — jetzt sind es 397, von denen rund 250 die evangelische Schule besuchen müssen — allzu lange gewartet hat, aus Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit eine katholische Schule zu errichten: deshalb müssen die armen katholischen Kinder einen weiten Schulweg machen. „Die Urheber müssen die Folgen tragen!“ Selbstverständlich sind bei diesem ehest liberalen und toleranten Vorgehen sofort die nötigen Schritte bei der Schulaufsichtsbehörde geschehen, um die Verwaltung an ihre gesetzliche und vertragliche Pflicht zu erinnern. Wo in Preußen gibt es eine Gemeinde, in der sich auch nur 100 evangelische Schulkinder befinden, ohne daß für diese eine evangelische Schule eingerichtet ist? — Es gibt keine!

Der Sieg in Offenburg

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Der Sieg des Zentrumsliberalen ist besonders deshalb erträglich, weil er eine empfindliche Niederlage des Großblocks und seiner Anhänger bedeutet. Nur Herr Koch, den typischen „bürglichen Großblöckliberalen“ sind die Sozialdemokraten gewiß leichter an die Wahlurne zu bringen gewesen, als für irgend einen anderen Bürgerlichen. Seine ganze parlamentarische Vergeschichte wies so deutsche rote Spuren auf, daß er kaum noch zu den Nationalliberalen zu rechnen war. Und man kann deshalb die nationalliberale Reichstagsfraktion zu diesem „Verlust“ eigentlich nur beglückwünschen. Die Wahlteiligung ist außerordentlich stark gewesen: von 26.877 Wahlberechtigten haben 26.192 Wähler ihre Stimmen abgegeben, das bedeutet eine Wahlbeteiligung von 98,08 Prozent. In der Reichstagswahl vom 3. Februar erhielt Prof. Wirth 12.259, Koch 9.616 und der Sozialdemokrat Geiler 3.082 Stimmen. Danach muß also Koch jämmtliche Stimmen der Sozialdemokraten sowie noch einige Reserven erhalten haben, während Professor Wirth seinen Wahlerfolg wohl nur der eitigen Arbeit seiner Partei zu danken hat.“

Wo wird gehext?

Breslau, 14. Febr. Der „Schles. Volkszg.“ schreibt man: Am 11. d. Mts. stand in einem Restaurant auf der Gabitzstraße eine Versammlung des „Evangelischen Bundes“ statt. Wie das bei diesem Bunde üblich, so hat sich der Redner des Abends auch diesmal ausschließlich nur mit der katholischen Kirche und ihren Einrichtungen beschäftigt. Was man dort der Versammlung über die Katholiken und die katholischen Einrichtungen gesagt hat, ist geradezu unglaublich. Man höre: Die Katholiken bauten ihre Kirchen und Kapellen mit Vorliebe in rein evangelischen Orten und Gegenden, ob sich dabei Katholiken befinden oder nicht. In einer Stadt in Sachsen wäre es sogar vorgekommen, daß für einen einzigen Katholiken eine Kirche gebaut worden wäre (!); dies alles nur deswegen, um den Andersgläubigen, d. h. den evangelischen Christen die Macht der katholischen Kirche zu zeigen. Bei diesen Zwecken sind Gelder in Hülle und Fülle vorhanden. Der einzige Katholik wäre sehr erstaunt gewesen, daß man für ihn so besorgt gewesen wäre. — In neuerer Zeit würden durch die Katholiken auch noch Klagen geführt über die Besetzung der höheren Beamtenstellen. Wenn keine wissenschaftlich gebildeten katholischen Bewerber vorhanden sind, können selbstverständlich nur evangelisch Bewerber in Frage kommen. Man kann doch diese Stellen nicht etwa mit katholischen Autodidakten, Nachwuchsen und Nachwuchsen besetzen. Das Selbstverständlichkeit unter keinen Umständen fallen, koste es, was es wolle. Man denkt doch an die Zeiten, wo in Sagan von den Jesuitenschülern friedlich ihres Weges aus der evangelischen Kirche kommende Gläubige beschossen wurden. In unserer Zeit dürfte sich so etwas nicht wiederholen, aber die Gefahr besteht doch (!). Außerdem wurde noch über den Kulturstand der rein katholischen Länder, wie z. B. Spanien, Portugal, Österreich, hin und her geredet. Diese Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. — Der Einzender bemerkte hierzu: „Angeführts dessen möchte ich doch bezweifeln, ob da mir der Haß ausgeschlagend ist; ich möchte sagen: dahinter steht eine ganze Portion Dummbheit.“ Sehr richtig: Dummmheit und Frechheit. Man sieht heraus, wie es in den Konventikeln des Evangelischen Bundes zugeht.

Was im heutigen Bayern möglich ist?

Unter diesem bezeichnenden Titel verbreitet die Deutsch-evangelische Korrespondenz einen Bericht gegen den Armenpflegesrat von Moosham (Bayern) und besonders gegen den Vorvorsitzenden desselben, Bjarne Koller. Der letztere hat im Auftrage des Armenpflegesratsrates an die lebige Maria Dolzer, Mutter von vier unehelichen Kindern (eins ist gestorben), einen Brief geschrieben, worin die Armenverwaltung der Dolzer 100 Mark Aussteuer bietet zu ihrer Bereicherung mit dem Protestantischen Bütger in Rothenburg in Sachsen-Altenburg. An das Anerbieten war die Bedingung gestellt, daß die vorhandenen und noch zu erwartenden Kinder in der katholischen Religion zu erziehen wären und daß die vorhandenen Kinder die Heimat ihres zukünftigen Ehemannes erhalten. Die evangelisch-katholischen Zeitungen kritisieren an den Brief folgende Bemerkung: „Die 100 Mark, die aus der Gemeindekasse für die Bereicherung der Dolzer Maria bezahlt werden, bilden somit gleich eine gute liturgische Anlage. Daß auch die zahlende Gemeinde nicht zu kurz kommt, so wird sie für 100 Mark eine Orlaia los. Wahrhaftig, der Brief verdient es, unter die Kulturdokumente gereicht zu werden, die für gewisse Idiotope in Zentrumsländern zeugen.“ Was der Hinweis auf das „heutige Bayern“ besagen will, wird jeder verstehen. Erzähler Hertling ist an allem schuld. Die in dem Briefe autogestellte Praxis ist aber von jeher in den Landgemeinden Niederbayerns geübt worden. Man gibt ledigen Personen, besonders mit Kindern, eine Aussteuer zur Heirat, auch um dem oft jahrelangen unehelichen Verhältnis ein Ende zu machen. Dieser Missstand scheint auch in Sachsen-Altenburg bekannt zu sein. Denn der Armenpflegesrat von Moosham hat die Unterstützung nicht angeboten, sondern der protestantische Bräutigam hat um die Unterstützung gebeten. Daß der Bjarne auf katholische Kinderversicherung dringt, ist seine Pflicht als Seelsorger; in diesem Falle hat er es auch auf die dringende Bitte der Mutter der Dolzer getan, die sonst ihre Einwilligung zur Heirat nicht geben wollte. Zunächst bringe übrigens die Deutsch-evangelische Korrespondenz den Beweis, daß die protestantischen Warter es anders machen. Die Aussteuer ist der Dolzer ja auch nur angeboten worden. Ob sie dieselbe unter den gesetzlichen Anforderungen annimmt, ist Sache ihrer freien Entscheidung. Finanziell hätte sich die Gemeinde Moosham besser gestanden, wenn sie die Aussteuer gewahrt hätte ohne Bedingungen; denn dann wäre sie die Dolzer los geworden, wogegen sie dieselbe jetzt, wie schon seit einem Jahre mit ihren drei unehelichen Kindern weiter mit großen Ausgaben unterstützen muß.

Ein Segen des Generalpardons

Eine bemerkenswerte Bekanntmachung veröffentlicht der Landrat des Kreises Isenhagen: „Die oberflächliche Durchsicht der Wehrsteuererklärungen hat ergeben, daß in diesem Jahre vermehrnd das Doppelte des bisher überhaupt besteuerten Kapitalvermögens deklariert worden ist. Neben drei Millionen Mark waren bisher im Kreise Isenhagen der Besteuerung entgangen. Es besteht der sprühende Verdacht, daß noch erheblich mehr Kapitalvermögen vorhanden ist. Indem ich nochmals ganz besonders auf die Bestimmungen des sogenannten Generalpardons hinweise, mache ich

bekannt, daß auch noch nach Abgabe der Wehrsteuererklärungen, bis zur Beendigung der bisherigen Veranlagung, berichtigende Angaben hinsichtlich der Höhe des vorhandenen Vermögens entgegenommen und Strafe und Nachsteuer nicht festgesetzt werden. Später bekannt werdenende Steuerhinterziehungen fallen aber unter die erheblich verschärften Strafbestimmungen und werden unnachgiebig verfolgt werden.“

Kleine politische Nachrichten

Bamberg, 16. Febr. Kommerzienrat Heinrich Mann, früher Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Erlangen-Höchstädt, ist im Alter von 62 Jahren gestorben.

Ausland

Zum Ursprung des Tripoliskrieges

Ein Dementi

Rom, 16. Febr. Die „Agencia Stesani“ meldet: Einige Zeitungen brachten Berichte, die auch im Parlament ein Echo fanden, wonach Deutschland 1911 bestrebt gewesen sei, in Libyen selbstständig vorzugehen. Diese Nachrichten entbehren jeder Grundlage, weil das Vorgehen Deutschlands vor, während und nach dem Kriege in Libyen in nichts Italien gegenüber hätte loyaler und freundlicher sein können.

119 Millionen für militärische Zwecke

Paris, 16. Febr. Der Bericht, den der Deputierte Benazot im Namen des Deeresausschusses in der heutigen Kammer sitzung vorlegen wird, teilt mit, daß die Regierung anstatt der ursprünglich angekündigten außerordentlichen militärischen Ausgaben von 660 Millionen rund 1410 Millionen verlangen werde und zwar 650 311 000 Francs anstatt 440 Millionen für die Vermehrung des Mannschaftsbestandes auf den Friedensfuß und 754,5 Millionen anstatt 420 Millionen für die Verbesserung des Kriegsmaterials. Was das Kriegsmaterial anlangt, legt Benazot dar, daß Frankreich sich gegenwärtig unzweifelhaft in einem bedecklichen Zustande der Inferiorität befindet. Ferner weiß der Berichtsteller auf die Notwendigkeit hin, daß Heer mit großen Übungssplügen auszustatten. Die Kosten für dieselben werden auf 130 Millionen veranschlagt und auf fünf Jahre verteilt. Alle Punkte des Programmes, so schließt der Bericht, entsprechen gehörigeren Bedürfnissen und dessen baldige Befriedigung ist für die Sicherheit des Landes unerlässlich. Wir fordern die Regierung auf, das von ihr festgelegte Programm durchzuführen und wir verlangen von der Kammer, daß sie die Mittel dazu bewilligt.

Neue Winzer-Unruhen

Paris, 16. Febr. In Aix bei Arles versammelten sich an 10.000 Winzer und forderten in einem einstimmig gefaßten Beschlusshand, daß der Senat den Gesetzentwurf Pams-Dorie über die Abgrenzung der Weinberge unverzüglich annehmen möge. In Villeneuve verantwornten 500 Winzer eine öffentliche Kundgebung gegen ihren Ausschluß aus dem eigentlichen Champagnergebiet und zogen, revolutionäre Lieder singend, durch die Stadt.

Die Krise in Schweden

Stockholm, 16. Febr. Die Parteien der Rechten in der ersten und zweiten Kammer veröffentlichten heute einen Aufruhr an das schwedische Volk, worin es heißt: „Die sozialdemokratische Partei, mit deren Unterstützung das Ministerium Staaff in der zweiten Kammer die Mehrheit hatte, macht kein Geheimnis daraus, daß das Ziel für ihr Mitwirken eine Demütigung des Königtums und die Einführung der Republik war. Das ist die wirkliche Lage, die man unter dem Vorwand verborgen will, daß die Arbeit zum Fortschritt und zur Selbstverwaltung des schwedischen Volkes im Gefahr ist. Aber das ist nicht wahr. Die Reformarbeit in Schweden ist in den letzten Jahren vorwärts geschritten unter der Mitwirkung aller Parteien und die Selbstverwaltung des Volkes ruht auf zwei Grundlagen: nach innen auf der Erhaltung der Verfassung und nach außen auf einer sicheren Wehrmacht. Wir richten daher an alle, die ein Herz für die Sache des Vaterlandes haben, die dringende Aufforderung, sich nicht verleiten zu lassen, die Verteidigungsfrage den Parteikreigkeiten um die von niemand bedrohte Selbstverwaltung des Volkes unterzuordnen und damit unsere nationale Existenz auf das Spiel zu setzen.“

*

Sandhamn, 16. Febr. Das Panzerschiff „Tapperheten“ ist unweit der Küste gestrandet. Die Lage des Panzerschiffes hat sich weiter verschlechtert und ist nun derart, daß Fachleute meinen, daß jede weitere Bergungsbearbeitung vergebens ist. Man denkt jetzt daran, das Panzerschiff bis zum Frühjahr stehen zu lassen, da man annimmt, daß die Witterungsverhältnisse dann der Bergungsbearbeitung nicht so große Hindernisse in den Weg legen werden.

Rio de Janeiro, 15. Febr. Das deutsche Geschwader ist, begleitet von einer brasilianischen Division, heute unter dem Salut der Festungsgefechte in die Bay von Rio de Janeiro eingelaufen.

Soziales

Streik

Melbourne, 16. Febr. Zweihundert Schlächter haben in den Schlachthäusern der Stadt Melbourne die Arbeit niedergelegt.

Sydney, 16. Febr. Infolge des Ausstandes der Schlächtergefallen in der Stadt und den Vorstädten sind die Schlächter ohne Fleischwaren. Eine Hungersnot hat begonnen. Die Restaurants sind nicht imstande, sich frisches Fleisch zu beschaffen.

Aus aller Welt

Auflschiffahrt

Berlin, 16. Febr. Das neue, für die Militärverwaltung bestimmte U-Boot „S 7“, das in Potsdam stationiert ist, machte heute Nachmittag über Berlin und Umgebung eine Höhenfahrt unter persönlicher Führung des Grafen Reppelin. Es wurden 2000 Meter Höhe erreicht. Das neue U-Boot wird wahrscheinlich im Osten Deutschlands stationiert.

Ein englisches Urteil über deutsches Flugwesen

London, 16. Febr. Die „Daily Mail“ lenkt die Aufmerksamkeit auf die großen Fortschritte, die Deutschland im Flugwesen gemacht hat. Während noch vor wenigen Monaten Frankreich den Vorzug hatte, ist jetzt jeder Reform von militärischer Bedeutung in deutschen Dänen. Den Hauptgrund für diese Leistungen sieht das Blatt in der außerordentlichen Zuverlässigkeit der deutschen Maschinen, denen bisher weder in Frankreich, noch in England Gleichwertiges an die Seite zu stellen sei.

Ein ungarischer Spielbankskandal

Budapest, 15. Febr. Ministerpräsident Graf Tisza berichtete über das Ergebnis der Untersuchung in der Angelegenheit der beim Versuch zur Errichtung einer Spielbank auf der Margaretheninsel vorgenommenen Missbräuche. Demnach hat die Verkehrs-Aktien-Gesellschaft, die sich um eine Spielbankerlaubnis bemüht, für Vermittlungen, Provisionen und Honorare nicht nur die bisher erwähnten 750.000 Kronen, sondern weit höhere Beträge gezahlt. 365.000 Kronen bezahlen sich auf die Berichtigungen der am Geschäft beteiligten Geschäftsfreunde, 605.000 Kr. wurden für die Presse bezahlt; davon entfallen 176.000 Kronen auf die ungarische Presse. Letztere Summe zerfällt in 93 Börsen, und es sind darin sozusagen alle Organe der ungarischen Presse vertreten. Außerdem wurden an einzelne Journalisten zusammen 29.000 Kronen gezahlt. Von Mitgliedern des Hauses haben zwei Geld erhalten, der gewesene Minister des Innern, Kristoff, eine Provision von 250.000 Kronen, der oppositionelle Abgeordnete Poloni ein Abvolatenhonorar von jährlich 6000 Kronen. Von den dem Hause nicht angehörenden Mitgliedern der Arbeitspartei

erhielten Graf Karl Kornis und Ludwig Goransky je 50.000 Kronen als Honorar für die Tätigkeit, die sie bei der Vereinigung der zwei sich um die Wacht der Margaretheninsel bewerbenden Gruppen entwickelt haben. Der Schwiegersohn des Präsidenten des Budapester Baurats Ludwig Tolnay, Apotheker Stefan Moravay, erhielt einen Guisstein über 150.000 Kronen, die bei Erteilung der Spielbankerlaubnis fällig gewesen wären. Der Sohn Tolnays wurde mit einem Jahresgehalt von 25.000 Kronen als Direktor angestellt; doch wollte man mit dieser Anstellung die Entscheidungen des Baurats, von dem die Spielerlaubnis abhängt, nicht beeinflussen. Tolnay hat übrigens unter Berufung auf sein hohes Alter seine schon vor Jahresfrist vorgebrachte Bitte um Enthebung wiederholt und wird sie erhalten. Endlich hat der Schwager des Vizepräsidenten des Baurats Garancs, Dr. Ragó Radanovics, 75.000 Kronen erhalten, weil er ohne Wissen seines durchaus korrekten Schwagers den Glauben erweckt, daß er der Direction über die Vorgänge im Baurat auf dem Umwege über seinen Schwager Mitteilungen verschaffen könne. Es gebe keinen Grund, Garancs fallen zu lassen. Die Mitteilungen Tiszas werden gewiß noch viel erörtert werden.

Mainz, 16. Febr. Die Stadt Mainz beabsichtigt, im Herbst 1914 eine Ausstellung für Haus, Heerd und Garten zu veranstalten. Mainz, 16. Febr. Seit einiger Zeit werden unruhige Nachrichten in der Presse über angebliche gefährliche Erkrankungen am Mainzer Dom verbreitet. So wird neuerlich eine Meldung veröffentlicht, wonach sich am Westchor Sprünge gezeigt haben sollen. Wie das „Journal“ erläutert, sind die Sprünge, die hier gemeint sein können, schon nahezu 200 Jahre alt. Da sie das Bauwerk in seine Gefahr bringen, geht auf dem Umstand hervor, daß es sich bei den jetzt im Gange befindlichen Ausbesserungsarbeiten keinesfalls um diese Risse handelt. Für das Publikum liegt kein Grund zur Unruhigkung vor.

Schäfertzen, 16. Febr. Deutschlands zweitlängster Tunnel, der Alsfestrentunnel, ist nach fast sechsjähriger Bauzeit so weit vollendet, daß er heute Mittag zum erstenmal, in seiner ganzen Länge mit Arbeitswagen durchfahren werden sollte. Die Eröffnung des Tunnels soll mit dem Instrittretten des Sommerfahrplans für 1914 erfolgen.

Elberfeld, 16. Febr. Hier hat heute nachmittag eine junge Dame den Assessor Dr. Rettelsief in seiner Wohnung am Hellendahl durch einen Revolverschuß getötet. Das Motiv zu der Tat soll verschwiegen bleiben.

Berlin, 16. Febr. In der Nähe der Badeanstalt wartete eine Frau vor den Augen vieler Passanten ihr fünfjähriges Söhnchen in den Bus und sprang dann selbst nach. Der Knabe entran, die Frau, die nerbenkrank ist, wurde gerettet.

Bremen, 16. Febr. Die Witwe Clara Reinkens aus Schöneberg, die sich vor einiger Zeit eine Blutvergiftung an der rechten Hand zugezogen hatte, vergiftete sich selbst und ihre beiden zehnjährigen Söhne aus Furcht, daß man ihr die Hand amputieren werde.

Stuttgart, 16. Febr. Aus Gram über das Schicksal ihrer Tochter, die an der Ermordung des Leipziger Kaufmanns Stael von Sennar beteiligt war, tötete sich deren Mutter, indem sie sich aus dem dritten Stock in den Hof stürzte.

Bregenz, 14. Febr. Vom Hauptplatz Feldkirch sind in der dortigen Gasanstalt 1500 Kilogramm Saccharin im Wert von über 50.000 Kronen amüslich vernichtet worden. Dieses große Quantum Saccharin war Schmugglern genommen worden.

Paris, 13. Febr. Kein Tag vergeht, ohne daß die Zeitungen neue Todesfälle aus den von der Epidemie ergriffenen Garnisonen melden. So ist jetzt auch im 121. und im 147. Infanterie-Regiment Gemütsärzte konstatiert worden, und in der Garnison Lemans befinden sich nicht weniger als 242 Soldaten im Militärlazaret. Die sämtlich von der Seuche ergriffen sind. Im 108. Infanterie-Regiment sind ebenfalls fünf neue Todesfälle zu verzeichnen.

Trois, 15. Febr. Hier wurden drei Schuhmädchen beim Betreten eines Bahnhöfers von einer Lokomotive erschlagen und getötet. Mailand, 14. Febr. Der hiesige Edelmann Franco Villa hat sich in einem Hotel wegen unglücklicher Liebe erschossen. Er hat dem Mailänder Krankenhaus testamentarisch 3 Millionen lire hinterlassen.

Petersburg, 16. Febr. Ein noch unauffälliges Drama, beschäftigt augenblicklich die Petersburger Gesellschaftsfreie. In der Wohnung des Obersten wurde eine jung verheiratete Frau namens Pisiel erhangt aufgefunden. Die Wohnung des Obersten stöhnt bemerkte, daß die Tür zur Wohnung des Obersten geöffnet war, trat er erstaunt ein und fand zu seinem Entsetzen die Leiche der jungen Frau am Kreuz hängend vor. Wenige Schritte vom Fenster entfernt saß der Oberst friedlich in seinem Bett. Der Oberst erklärte, von dem ganzen Vorfall nichts bemerkt zu haben und auch die junge Frau nur ganz oberflächlich zu kennen. Die Untersuchung hat Selbstmord durch Erhängen festgestellt. Das geheimnisvolle Todesfall, das über der Affäre schwirrt, wird noch dadurch erhöht, daß die junge Frau in den glücklichsten Verhältnissen gelebt hat.

London, 14. Febr. Der neue Dampfer der Allan-Linie „Alsatia“, hat soeben ein Motorboot zum Schutz gegen Eis erhalten, daß er auf der nächsten Kreuzfahrt an Bord führen wird. Es handelt sich um eine neue Vorkehrung für die Sicherheit der transatlantischen Dampfer. Das Motorboot ist auf der Clubdecks gebaut worden und hat etwa die Größe eines Rettungsbootes. Solche Fahrzeuge werden bei nebeligem Wetter ausgehängt werden, um funktentelegraphisch die Lage von Eis und anderen Gefahren zu melden. Sie werden aber auch von großem Wert sein, um Rettungsboote von brennenden oder sinkenden Schiffen wegzuholen.

Gerichtszaal

Trier, 16. Febr. Vor der Strafkammer hatte sich ein Rottenarbeiter wegen einer großen Zahl von Anklagen wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses durch unsittliche Handl

Dietrich, D. H. V., Oswald Nowot, D. H. V., Karl Pfaff, D. H. V., Heinrich Pfeiffer, D. H. V., Curt Steffens, Tannenstrasse 74, Rudolf Kiel, Ernst Kirchhöfer, Julius Saale, Max Rohm, Wilhelm Heile, Julius Udermann, Alfred Wagner, Heinrich Bierl, Karl Boller, Franz Korb, Georg Kumpf, Fritz Bender, Adolf Neunerling, A. F. V., Karl Schweizer, A. F. V., Karl Ernst, August Dietrich, Arno Herdegen.

Der Scharf geladene Revolver im Postpaket

Am vorigen Freitag entlud sich im Postwagen eines Personenwagens von Wiesbaden nach Frankfurt ein in einem kleinen Paket befindlicher Revolver. Die Kugel flog knapp an dem diensttuenden Beamten vorbei. Bei der späteren Untersuchung stellte sich heraus, daß der Revolver mit noch vier scharfen Patronen geladen war. Der Absender des Paketes wird seine Leichtfertigkeit schwer büßen müssen.

Kurdeutsch

Nach der letzten Fremdenliste betrug die Zahl der Kurzreisenden 14.419 Personen, 9171 Passanten und 5248 Kurgäste.

Nach dem Frost

Wie stark der lange anhaltende Frost war, kann man jetzt nach Wiederholung der Arbeiten im Freien beobachten. Bei Grundarbeiten hat man festgestellt, daß die Erde 70–80 Centimeter tief geschröten war, bzw. noch ist, denn sobald wird sie noch nicht völlig aufgetaut sein. Um Freien etwa 60–70 Centimeter tief in der Erde liegende Wasserleitungen sind ebenfalls fest zugefroren.

Holzschwundler

In letzter Zeit sind biese Einführung dadurch zum Kauf von Holzholz bewogen worden, weil es ihnen von jungen Burschen angeboten wurde, die angaben, sie seien vom Blauen Kreuz-Verein geschickt worden. Auch erschien sie öfter während der Abwesenheit der Herrschaften in den Wohnungen und gaben an, daß das Holz sei soeben bestellt worden und die Herrschaften ließen sagen, daß das Dienstmädchen den Geldbetrag einzuholen vorlegte. Da die Deutschen, meist junge, tapfer Arbeit aus dem Wege gehende Personen, sich das Holz auch noch ungewöhnlich teuer bezahlen ließen (Holz, was 1 M. Wert hat, mußte mit 6 M. bezahlt werden), sei vor den Schwindlern gewarnt.

Stenographisches

Über das Thema: "Die stenographischen Fertigkeiten für den Dienst: die Prüfungsaufgaben bei den Stenographenverbänden, den großstädtischen Behörden und den Handelskammern", das nicht nur Stenographen, sondern auch Dienststellen, die der Stenographie benötigen und die Behörden interessieren dürfte, wird Dienstag, den 17. Februar, abends 9 Uhr anfangend, in der Stenographenschule Stolze-Schrey im Gewerbeschulgebäude, Zimmer Nr. 14, ein Vortrag gehalten, bei freiem Eintritt.

Holzverstelgerung

* Wiesbaden. Freitag, 20. Februar, vormittags, soll in dem Stadttheater "Oberer Gehen" versteigert werden: 1. 14 Amtsr. Lichen-Scheit und Trügelscheit, 2. 111 Rott. Buchen-Scheit, 3. 319 Rott. Buchen-Trügelscheit und 4. 7000 Buchen-Durchschnittpolen. Kreisbeauftragung bis 1. September 1914. Aufzugskunst vormittags 10½ Uhr, vor Kloster Klarenthal, Rechnung "Zögertbaum".

Bermischte städtische Nachrichten

Im Hotel "Adler", Bahnhofstr. 10, Wiesbaden, am 20. Februar, 1914, sind eingetroffen: Frau Generalsekretärin v. Klemperer, geb. v. Kleist, Albrecht-Borsig und General Iwan Bogdanoff und Gattin, Dorpat (Livland).

Lehrer Heinrich Kappus von hier ist an das Königl. Realgymnasium übergetreten.

Als Sachverständige beim Oberverwaltungsausschuß wurden die Herren Dr. Althaus, Dr. Brück, Dr. Gleismann und Dr. Schramm, sämtlich in Wiesbaden, gewählt.

In der Felsstraße hat sich am Sonntag der 26. Januar alte Arbeiter Weiland erhängt. Der Grund der Tat ist in Arbeitslosigkeit und Nahrungsangaben zu suchen.

Die diamantene Hochzeit feierten gestern die Eltern des Schneidermeisters A. Leon (Viertelhof); der Vater ist 90, die Mutter 88 Jahre alt. Das hochbetagte Paar ist umgeben von 9 Kindern, 34 Enkeln und 5 Urenkeln. Seinen Wohlstand hat dasselbe in Kervich-Hemmerdorff im Kreis Saarlouis.

*

Der nächste Staatsbürgerlicher Kursus

■ am Mittwoch, 18. Februar, abends 9 Uhr, im kathol. Gesellenhaus (Heubrücke). Den Vortrag hat Herr Theologe Dr. Gause über "Die rechtsextremen Parteien" übernommen. Es wird um zahlreiches Frühstück gebeten. — Mit dem Vortrag ist verbunden eine.

Volkvereinskonferenz

der Vertrauensmänner. Über das neue, sehr interessante Werk "Weltveränderung" wird Herr Kaufmann Schweizer das Referat halten. Die Herren Bezirksleiter und Vertrauensmänner werden erachtet, vollständig zu erscheinen.

Standesamt Wiesbaden

Gestorben. Am 13. Februar: Oberpostdirektor a. D. Melchior von Wiesbaden, 72 J. Prediger Jonas Dirsch, 77 J. Martin Wink, 8 J. Wiss. Elisabeth Steinborn, geb. Steinborn, 50 J. Oberregistergericht Karl Wöhrling, 52 J. — Am 14. Februar: Kaufmann Albert Roth, 70 J. Rentner Christian Weil, 59 J.

Kleines Feuilleton**Anstößige, unanständige Reden**

Wir bitten unsere Leser um Verzeihung, daß wir diesem Kapitel nur einige Seiten widmen, aber die unsittliche, anstößige, unzüchtige Reden zu führen, ist leider so vielfach verbreitet und treibt so garstige Blüten, daß man nicht gut darüber stillschweigen kann. In Städten und auf dem Lande, in der Schule und in der Werkstatt, in der Schmiede und hinter dem Bierglas hat dieser garstige Patron mit seinem unverschämten Unrat fast schlägt und man hat sich leider an ihn seine Gegenwart und ein seine Witze gewöhnt, daß man ihn vielfach als einen gern gesehenen Wack in seinem Kreise behält und meint, der wütige Unhold sei nur ein unanständiger Knabe.

1. Wie der Grund und Ursprung unseres Heiles der Glaube ist und dieser nach dem Ausdrucke des hl. Paulus durch das Anhören des göttlichen Wortes entsteht, so ist auf der anderen Seite vielfach der Grund der Glaubens- und Sittenlosigkeit eben das Anhören anstößiger und unanständiger Reden, welche nach dem Zeugnisse derselben hl. Apostels in die Gottlosigkeit einführen.

Die tugendhalte und heilige Reden führen, denen öffnet nach einer Bemerkung des weisen Origenes Gott den Mund, und er verweilt bei ihrer Rede, wie er es ein Moses versprach, als er ihn zu Pharaos schickte. Jenen aber, welche unanständige und anstößige Reden führen, öffnet der Teufel den Mund, und der böse ist es, der sich auf ihren Jungen und in ihren Wörtern aufhält. Darum nennt der hl. Chrysostomus die Jungen, die immer gern von Gott redet, "Gottes Jungen", und die Jungen, welche immer Unreines reden, "Jungen des Teufels".

Deshalb ermahnt der hl. Apostel Paulus die Kolosser so eifrig: "Lasset alle schändlichen Reden aus eurem Munde", und an die Epheser fordert er: "Wie soll ein böses, unschönes Wort aus eurem Munde kommen?", und an einer andern Stelle: "Unreinheit soll unter euch nicht einmal genannt werden."

2. Nur vergleiche man mit dieser christlichen Ansichtung das Treiben so mancher, die noch auf den Namen eines ordentlichen und brauen Christen Anspruch machen. Da sind einige, die können nun einmal nicht anders, sie müssen in die gleichgültigsten Reden die abscheulichen Sitten einstecken lassen. Jeder Witz, den sie machen, ist eine Unreinheit. Andere aber gehen noch weiter, sie können förmliche Gespräche über unanständige Dinge führen, die schamlosen Tatsachen erzählen, von denen sie gehört, gelesen, die sie selbst oder andere erlebt haben, und das geschieht mit den ausgelassensten, schmutzigsten Ausdrücken unter Umständen, die das heutige Volk in sich und den Jüngern bis zum hellen Brande anlocken müssen.

Und das Beßergenossen ist, daß solche Gespräche, die im Munde eines Türkens, dem Sinnengemüß sein Paradies ist, übelvollen würden, sogar zum Verzerrigen und zu wahrer Lust solcher Christenmenschen geworden sind. Oder ist es nicht so?

Letzte Nachrichten

Bund der Landwirte

■ Berlin, 16. Febr. Unter Beteiligung von über 6000 Landwirten aus allen Teilen des Reiches trat heute mittag im Steinbau des Gutsbusch, der traditionellen Tagungshalle, der Bund der Landwirte zu seiner diesjährigen Generalversammlung zusammen. Da die Anmeldungen zu der Versammlung überaus reichlich eingelaufen waren, hatte der Vorstand für dieselbe Zeit eine Parallelversammlung nach dem Bistro Schumann einberufen, die gleichfalls bald nach Eröffnung wegen Überfüllung polizeilich gesperrt wurde. In beiden Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen: "Die neuere innerpolitische Entwicklung in Deutschland muß den Bund der Landwirte als große Vereinigung monarchisch gesinnter nationaler Männer mit schweren Besorgnissen erfüllen. Auf allen Gebieten der Gesetzgebung des Reiches bemerkten wir eine immer weitergreifende Absichtnahme auf die Stimmungen, die Wünsche und Interessen der Demokratie, die in militärischen, steuerlichen, sozialpolitischen Fragen auf das deutlichste erkennbar wird. Die Vorgänge in Sachsen und ihre Bedeutung, die Verhüte, die Kommandogewalt des Kaisers und der Bundesfürsten abzugrenzen und den Parlamentarismus zu stärken, das Übergehen des Reiches auf die Steuerpolitik der Einzelstaaten sind die Merkmale der neuerdings eingetretenen demokratischen Entwicklung. Der Bund der Landwirte spricht demgegenüber seine leste Entschlossenheit aus, dieser für die Monarchie, das Reich und für das gesamte Volk gleich unheilvolle Entwicklung mit aller Kraft und Entschiedenheit zu seinem Teil entgegenzuwirken."

Der neue Stadthalter

Berlin, 17. Febr. Nach der "Neuen politischen Korrespondenz" hält man es für sicher, daß Freiherr von Schorlemers Stadthalter in Straßburg wird.

Major von Endell †

Wösen, 17. Febr. Der aus der agrarischen Bewegung bekannte Major Endell ist gestern nach schwerem Leidern gestorben.

*

Worms, 16. Febr. Gestern Abend brach in der Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 118 Feuer aus. Der Dachstuhl, in dem die 4. Kompanie untergebracht ist, wurde eingeschlagen.

Rüthenberg, 16. Febr. In der französischen Kirche St. Anna brachen Diebe ein und stahlen mehrere Reliquien und andere Gegenstände in Brand.

Berlin, 16. Febr. Das Offizierskorps des 3. Garde-Allanen-Regiments in Potsdam, dem Prinz Wilhelm zu Wied

vor Kurzem als Mittmeister und Chef der 5. Eskadron angehört, hatte gestern Abend ein Abschiedsfest für den scheidenden Regimentskameraden veranstaltet. Nach Tisch weinte der Prinz noch lange Zeit unter der Mannschaft seiner Eskadron.

Gräb (Schlesien), 16. Febr. Graf Mielczynski wird am

Mittwoch aus dem biegsigen Gerichtsgericht nach Mieszt übergeführt, wo am Freitag und Samstag die Schwergerichtsverhandlung gegen ihn stattfindet.

Woodstock (Massachusetts), 17. Febr. Der französische Damnyfer "Moma" von der Babie-Laine meldet drahtlos, daß er bei der Insel Homansland in der Nähe der Insel Martha's Vineyard auf Grund geraten sei. Es herrsche besitzer Schneesturm, doch sei das Schiff nicht ledig geworden und es bestehe keine unmittelbare Gefahr.

Aus dem Geschäftsleben

* Die Wunder des Meeresgrundes. So möchten wir eine in allen Teilen geschickt und übersichtlich zur Schau gebrachte Ausstellung besichtigen, die im Erfurter der Bistorio-Zoologie Richard Seyh-Wiesbaden, Rheinstraße 101, eine zeitlang in seltenen Vollständigkeit zu sehen ist. Wie erblicken in blau-graulich schillernder Meerestiefe zunächst einige Fischungeheuer in den Fluten schwimmen und am Boden selbst etwa 20 bis zum kleinsten Teil naturgetreu imitierte See-schilde, die wir aus Gründen der Zusammengedrängtheit mit Namen folgen lassen, mit denen sie für jedermann übersichtlich versehen sind. 1. Hippopomus equinus (Werdenfels), 2. Cusponia limacea (Loesel), 3. Cusponia officinalis (Bader), 4. Cham-pignon (Ametra), 5. Chimaera fentus (Seckendorf), 6. Seekorn, 7. Höhlerkrebs, 8. Krabberkrebs, 9. Sonnenkrebs, 10. Seesamone, 11. Seeigel; ferner 9 seltsame Muschelarten mit genauer Namensbezeichnung. Jeder Naturfreund, der wie jener Kenner, wird seine Freude an dieser mit viel Sorgfalt und Mühe zusammengetragenen Sammlung haben.

Aus dem Vereinsleben

* Volksverein. Die Herren Vertrauensmänner und Bezirksleiter werden wiederholt auf die am Mittwoch, 18. Febr., abends 9 Uhr, stattfindende Vertrauensmännerversammlung aufmerksam gemacht und um zahlreiches Erscheinen gebeten.

* Altarverein. Montag, 22. Februar, Arbeitsstunden in St. Bonifatius, vormittags von 10–12½ und nachmittags von 3–6 Uhr.

Tergleich Reden werden nicht etwa bloß in geheimen Schlupfwinkel gehalten. Man erträgt in öffentlicher Gesellschaft manchmal nicht mehr, wenn unsittliche Spässe und Nieder vorkommen.

Wenn man das alles vernichten möchte, was in dieser Art die Mischgänger in den Kneipen, Junggesellen und selbst Chemänner in Werkstätten und Fabriken, die Gespenstungen auf den öffentlichen Plätzen, manche aus der sogenannten feinen Welt in ihren Salons, endlich sogar Frauen und Mädchen, denen Scham und Sittlichkeit ganz besonders eigen sein sollte, sich zu sagen erlauben können, dann würde einem wahhaft hören und Sehen vergeben.

Wir haben Achtung vor dem ärmlichen Mann, der des Morgens den Kehricht von der Straße ausschlägt, weil sein Stand und Beruf diese Arbeit ihm auferlegt, aber vor den Leuten sollte man auspuksen, die in ihren Gesprächen immer die Schmuckkarte der Boten führen müssen.

Man sagt zwar, ihr Sittenrichter, ihr seid auch immer bei der Hand, den Teufel an die Wand zu malen; solche Reden werden doch nicht aus böser Absicht geführt; man will doch auch einmal lachen. Wir müssen die ganze Woche tüchtig arbeiten, sollen wir denn nicht auch einmal heiter sein und die Sorgen des Lebens vergessen?

Wer will etwas dagegen haben, daß ihr heiter seid und euch freut? Steht doch in der hl. Schrift geschrieben: „Ich erkannte, daß nichts besser sei, als fröhlich sein und Gutes tun: in eurem Leben“, und derselbe hl. Apostel, der oben vor unzüchtigen Reden warnte, sagt ausdrücklich: „Freuet euch allzeit im Heile, abermals sage ich, freuet euch“. Auch die Kirche ist dem Scherz nicht entgegen. Man sagt den strengsten Klöster nach, daß sie zur Stunde der Erholung ein laches Maß von gewundem Humor auszugsweise pfeiften, und niemals hat die Kirche dies deshalb getan. Weiß als einen Heiligen zählt die Kirche, dessen Heiterkeit nicht bloß kein Hindernis der Heiligpredigung, sondern ein Gegenstand besonderer lobender Erwähnung war. Wie wollen nur an den hl. Philipp Neri erinnern, an den hl. Ignatius, den Gründer der Gesellschaft Jesu, der es seinen Schülern als Regel vorhielt, Kranke, wo tuhnlich, mit einem scherhaften Wort zu erheitern.

Wer kein Mensch hat etwas gegen ein Gesicht, eine Unterhaltung, welche Freude, Heiterkeit und Lachen erregt. Aber kann es denn seine Freunde ohne Unlauterkeit geben, kann Lachen nur durch Unanständigkeit hervorgerufen werden? Sollte man sich nicht vergnügen können, ohne daß dieses Vergnügen Gott missfällt, sollte man sich nicht fröhlich unterhalten können, es sei denn nur auf Kosten vieler Beleidigungen Gottes?

Schmutzige Reden scheinen in ihrem Entstehen etwas Geringfügiges zu sein, sehr bald aber werden sie die scheinbarsten Wirkungen hervorrufen. Sie sind wie ein geheimer Gift, welches sich immer tiefer einschleicht, wie Knochenfesch, der unbemerkt alles angreift, was er Gefüdes findet, bis er alles verrohrt hat. Von schändlichen Worten — sagt der hl. Chrysostomus — kommt es zu schändlichen Handlungen.

In einer verpesteten Luft wird leicht der Gesunde angegriffen, der Kranke aber dem Tode überliefert. Man hört anfangs das böse mit Absche, nachher mit Gleicherhaltigkeit, bald darauf mit Wohlgefallen und man endet damit, daß man es mitmacht. Gern wählt bleibt das Wort des Apostels: „Böse Reden verderben gute Sitten.“

* Marienverein. Freitag, 20. Februar, 11. Messe für die verstorbene Frau Katharina Moos.

* Kirchenchor von St. Bonifatius. Die humoristische Abendunterhaltung des Kirchenchores am vergangenen Sonntag zählt wohl zu den schönen, die der Chor noch veranstaltet hat. Die zahlreichen Vorträge der Damen und Herren in größeren und kleineren Gruppen wurden in solch humorvoller Weise dargebracht, daß das zahlreiche Publikum durch jubelnden Beifall die Vortragenden lobte. Es herrschte am Schlus nur eine Stimmung, die der Chor hat seinen Gästen förmliches Amusement geboten, wofür allen Mitwirkenden Dank gebührt.

* Nassauischer Verein für Naturkunde. In der letzten, sehr gut besuchten wissenschaftlichen Sitzung am Donnerstag, hielt Oberlehrer Dr. H. Scharff einen Vortrag über die Mendel'schen Vererbungsgesetze. Die nächste wissenschaftliche Abendunterhaltung findet Donnerstag, 19. Febr., abends 8.30 Uhr statt, aber ausnahmsweise nicht im Kino, Friedrichstraße 22, sondern im Physizimmer des Gymnas. I (Höhere Töchterschule), Eingang von der Mühlgasse aus. Oberlehrer Dr. Heineck wird den Vortrag halten. Thema: „Physikalische Versuche über schnell ablaufende Vorgänge (stroboskopische Versuche).“ Gäste willkommen.

* Volksvorträge. Am verlorenen Freitag hielt Professor Dr. Köhler vom Verein der Arzte den ersten seiner beiden Volksvorträge: „Über den Nutzen der Röntgenstrahlen in der Medizin“. Nach einer kurzen Einleitung über die Eindeutung dieser Strahlen und die raschen Fortschritte in ihrer medizinischen Verwendung zeigte er an der Hand zahlreicher Lichtbilder die außerordentlich vielseitige Anwendung dieses Mittels bei den Verletzungen und Erkrankungen des Knochengefüges einschließlich der Zähne, und gerade die letzten Bilder, die den durch kein anderes Mittel zu erzeugenden Nutzen der Strahlen für die Zahneile in funktionsfähiger Weise darstellen, erregten mit Recht die Bewunderung der zahlreichen Zuhörer, die dem Redner für seine gemeinverständlichen Ausführungen Beifall zollte. — Der zweite Vortrag, der am nächsten Freitag 8.30 Uhr, ebenfalls im Saale der Städtischen Oberrealschule (Bitterfeld) stattfinden soll, wird den „Nugen der Röntgenstrahlen für die Behandlung der inneren Organe“ zum Gegenstand haben.

Vereinskalender**Mittwoch, 18. Februar**

* Katholischer Frauenbund. Sprechstunde Berufssberatung, von 8–9 Uhr, Luisenstraße 31, v.

Gesellenverein. Abends 8.30 Uhr:

Vermischtes

(Schule und Kursichtigkeit) Dass die Schule die Kursichtigkeit befördert, ist eine alte Frage. Nun hat der Wiener Professor Schnabel in einem wissenschaftlichen Vortrag Tatsachen angeführt, die ganz überraschend und von hohem Interesse sind. Dass namentlich die höheren Lehranstalten viel mehr Kursichtigkeit entfalten als sie aufnehmen, ist bekannt. Mit der Kenntnis dieser Tatsache haben sich seit feher Besorgniß und Vorschläge zur Abhilfe verbunden. Die Untersuchung der Schülerzüge wurde auf ihre Reaktionen geprüft, der Vergang bei der Entwicklung der Kursichtigkeit wurde zum Objekt zahlreicher Hypothesen gemacht, und Maßnahmen zur Verhütung wurden vorgeschlagen und durchgeführt. Schnabel hat nun an einem großen Material Augenuntersuchungen vorgenommen, um den Einfluß der Augenarbeit auf die Kursichtigkeit, wie sie in der Schule erworben wird, zu studieren. Es fand ganz überauswirksame Dinge. In der Gruppe der höchsten Kursichtigkeitszüge ergab sich, dass die Zahl der Handarbeiter die der Augenarbeiter stark überwog. Daraus folgt, dass die Kursichtigkeit hohen Grades schon vor dem Zeitpunkt besteht, in welchem über den flüchtigen Beruf entschieden wird. Sie besteht bereits in der Kindeszeit, welche den Beginn ernster Augenarbeit vorangeht. Sie entsteht nicht während der Jahre der Augenarbeit, also auch nicht durch die Augenarbeit. Die hohen Grade von Kursichtigkeit entstehen daher wieder in der Schule, noch machen sie durch allmähliche Steigerung aus den Neopien hervor, die tatsächlich während der Jahre des Schulbesuches erworben werden. Die Schule ist also nicht schuld an den hohen Graden von Kursichtigkeit mit ihren hohen Folgen, sondern sie ruht nur ganz schwere Kursichtigkeit hervor, die durchaus dem Beobachter nicht unangenehm sondern eher liebt ist als ein normales Auge. Die hohen Grade der Kursichtigkeit entstehen durch eine Ausbildung der Eltern, durch die die Augenarbeit verlängert wird. Diese anatomische Eigentümlichkeit ist nicht angeboren und nie auf äußere Einflüsse wie die Schule zurückzuführen. Die Schule bewirkt wohl geringgradige Kursichtigkeit, doch aber mehr als eine Wohltat, denn ein Uebel angezeigt werden. Der Normalzüge, der das 50. Lebensjahr hinter sich hat, sieht wohl ohne Gläser entfernte Gegenstände deutlich, kann aber weder lesen noch schreiben, ohne sich eine Brille aufzusetzen. Der Kursitzige, der eine Brille braucht, um lesen zu können, und eine andere, um ferne Gegenstände deutlich zu sehen, wird auch den schwach Kursitzigen beneiden, der ohne Gläser und ferne Gegenstände durch eine Brille betrachtet. Die Kursichtigkeit, die in der Schule erworben wird, ist daher nur ungenau, zu hohen Graden aber führt sie niemals.

Die Vorläufe in Nahrungsmittelen. Die Nutzung von Vorläufen zur Konserveierung von Nahrungsmitteln ist in Deutschland gesetzlich verboten; obgleich mancher hervorragende Vertreter der Chemie und der Hygiene dafür eingetreten ist, dass sie selbst in größeren Mengen für den Menschen unschädlich ist. Man kann sich auch gewiss damit einverstanden erklären, dass ein solches Mittel vom Busch zu Milch oder Butter ausgeschlossen ist. Die Sachverständigen, die sich mit aller Scharfe gegen die Vorläufe erklärten, begründen ihre Verurteilung damit, dass bei häufigem Genuss selbst von kleinen Mengen doch schließlich eine schädliche Wirkung zustande kommen kann. Zumindest ist in manchen Ländern die Vorläufe für Konserve ebenso erlaubt, wie die Salzsäure für Bier und Fruchtsäfte oder die Schwefelsäure für den Wein, allerdings überall nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Es scheint nun aber, dass Früchte gelegentlich auch einen erheblichen natürlichen Gehalt an Vorläufen haben können. Dies hat eine Untersuchung erwiesen, die Professor Bertrand vom Pariser Pasteurinstitut im Staatsauftrag ausgeführt hat. Vor zwei Jahren, als die Oberste in Frankreich besonders schlecht gewesen war, wurden große Mengen von trockenen Früchten und Konfitüren aus Kanada eingeführt. Die chemische Untersuchung stellte aber an diesen Waren einen zu großen Gehalt an Vorläufen fest, und die Zollbehörde wies sie infolgedessen zurück. Die kanadischen Kaufleute behaupteten aber, sie hätten keinesfalls mehr Vorläufe zugeföhrt, als es nach den in Frankreich gültigen Bestimmungen erlaubt ist. Diese Streitfrage hat eine wichtige Folge gehabt, indem die jetzt der Pariser Akademie der Medizin unterbreiteten Untersuchungen den Nachweis erbracht haben, dass das Vor in allen lebenden Zellen vorliegen. Professor Bertrand hat ein Mittel gefunden, in kurzer Zeit den genauen Inhalt an Vor in jedem Naturstoff zu bestimmen und ihn auch von ähnlich zugesetzten Vorläufen zu unterscheiden. Danach enthalten getrocknete Aprikosen und frischen 0,1 Gramm Vorläufe in jedem Kilogramm, schwärze Trauben weniger, Birnen noch weniger. Ganz fehlt die Vorläufe aber nirgends, auch nicht in Gemüsen und Bohnen, Karotten, Alben, Quellen usw. Solche kleinen Mengen wird man also wohl überall durchlassen müssen.

Der Warenhausänger. Aus Chemnitz berichtet man eine amüsante kleine Geschichte, die in eingeweihten Kreisen herzlich belacht wird. Eines der größten Warenhäuser von Chemnitz veranstaltete — dem Zug der Zeit folgend — ein großes Konzert, zu dem unter anderem auch der bekannte Wagner-Sänger Dr. von Barth gewonnen worden war. Um 4. Februar sollte das Konzert stattfinden. Am letzten Augenblick aber sagte der berühmte Sänger ab. Der Grund dieser Absage aber soll ein Telegramm gewesen sein, das eine Anzahl Chemnitzer Musikfreunde gemeinsam an den delikaten Künstler richtete und das den lakonischen Wortlaut hatte: „Bis jetzt waren Sie ein großer Wagner-Sänger, jetzt werden Sie ein großer Warenhausänger!“ Diese telegraphische Kundgebung der Chemnitzer Musikfreunde soll den Künstler verärgert haben und so folgte die Absage wegen Heiterkeit. Hätte ihn jwang dann Herr Vogelstrom von der Dresdner Hofoper in die Freche.

Nur meine Frau! Ein lustiges Städtchen hat sich — wie von außerässiger Seite erzählt wird — dieser Tage in Braunschweig zugetragen. Sieht da vor einem abgelegenen Teil des herzoglichen Schlosses ein braver Herr auf Posten. Menschen verirren sich selten in diese Gegend, und so wird dem wartenden Krieger die Zeit ein wenig lang. Nichts, aber auch gar nichts, bringt etwas Abwechselung in diese Eintrübung des Auf- und Riederschweins. Und hier an dieser einsamen Stelle ließe sich doch sonst so gut ein bisschen schlafen. Da — endlich kommt jemand vorüber. Eine allerliebste, nette, junge Person. Ob man sie wohl mal nach dem Bettler fragt? Sie sieht allerdings nicht so aus, als ob sie antworten würde. Wer vielleicht wird sie grob, und eine Grobheit aus reizendem Mund ist besser als tödliches Schweigen. „Bitte“ macht der Posten. Die junge Person geht ruhig weiter. „Bitte“ macht der Posten und winkt heftig mit dem Kopf. Die andere geht ungerührt weiter, aus Schloß zu. „Bitte“, macht der Posten zum drittenmal, er winkt mit dem Kopf und mit der Kusette — da ist die andere aber schon im Schloß verschwunden. Unser Freund ist ratlos, aber er kommt nicht dazu, sich auszutoben, denn die Abschaltung steht. Zwanzig Minuten später steht der Adelslige vor — dem Herzog Ernst August. Der nimmt ihr scharf ins Gebe. Mit Bittern und Sagen wird die Peitsche abgelegt, und da das sehr treuherrig geschieht, so folgt die Abolution auf der Stelle: „Diesmal soll's noch so hingehen, denn es war nur meine Frau! Wenn's aber eine andere Dame aus Braunschweig gewesen wäre, dann ...“

Der geisteskrank Verbrecher. In Stuttgart war, wie dem Berliner „Tag“ gemeldet wird, am Donnerstag das Gericht verbreitet, dass der Massenmörder von Degerloch, der Hauptlehrer Wagner, aus der Irrenanstalt ausgetragen sei. Das Gericht, das jeder Begründung entbehrt, erregt in der Bevölkerung große Beunruhigung. Professor Dr. Gauß, Tübingen, dem der Massenmörder zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen war, gibt einen interessanten Auszug aus seinem psychiatrischen Gutachten, in dem es u. a. heißt: Wagner ist seit dem Jahre 1901 geisteskrank, und zwar leidet er seither an einer chronischen Geisteskrankheit, die niemals, auch nicht zur Zeit der Morde, aufgetreten ist. Von dieser Geisteskrankheit hatte vor den Mordeaten niemand, weder seine Frau noch seine Freunde eine Ahnung. Die Meinung, der Psychiater könne einen Geisteskranken erst dann als gemeingefährlich einer Anstalt überweisen oder in einer Anstalt festhalten, wenn er gemeingefährlich geworden ist, trifft nicht zu. Warden wir Wagners Schriften vor einem Jahre vorgelegt worden sein, so hätte ich der Behörde

umgehend mitgeteilt, dass hier zweifellos schwere Gewalttaten zu beobachten seien. Dann wäre auch Wagner zweifellos, und zwar mit vollem Recht in einer Irrenanstalt interniert worden. Es war aber niemand auf den Gedanken gekommen, Wagner der Psychiatrie ganz unschuldig. Wagner wird als unheilbar Krank in die Irrenanstalt nicht wieder verlassen. Außerdem darf wohl zur Verhüting des Bosses darauf hingewiesen werden, dass der Kranke infolge seines Verlustes des linken Unterarmes und der völligen Bähmung von drei Fingern seiner rechten Hand ein fast irreversibel Mann geworden ist.

(Der sindige Rekord.) Unser Regimentskommandeur sieht sehr darum, dass die Mannschaften aus sich herausgehen und namentlich im Betracht mit Vorgesetzten unbefangen und frisch rehen. Bei der Besichtigung der Rekruten überzeugt sich der getreue Herr verblüffend, wie dieser seiner Willensäußerung bei der Ausbildung der Mannschaft Rechnung getragen worden ist: an zahlreiche junge Krieger stellt er fast Fragen über ihre persönlichen Verhältnisse, über dienstliche Angelegenheiten, väterliche und Regimentsgeschichte. Dabei erwidert er dann auch, wie es bei solchen Gelegenheiten immer geht, nicht eben böse, aber die Befehle mit einem so hohen Vorgesetzten ersichtlich wenig gewohnt ist. Nachdem mehrfach ruhige Fragen an der wahrhaft beneidenswerten Seelenruhe des Besuchten wirkungslos abgesetzt ist, ergeht die Aufforderung, selbst in militärischer Deutlichkeit irgend etwas zu sagen. Da endlich öffnet sich das Geheim der Jähre des Wartens und langsam, aber laut und deutlich erzählt er: „Ich bitte den Herrn Oberst gehorsam, abtreten zu dürfen.“

Der Flug über den Mont Blanc. Es waren Tage unruhiger und nervöser Spannung, die der Flieger Parmelin in Genf zu durchleben hatte, bis endlich die Stunde schlug, da er zu seinem kleinen Wagen der Überquerung des Mont Blanc starten konnte. Inner wieder fanden im letzten Augenblick aus Italien Wetterberichte, die eine Verzögerung des Aufstieges geraten erscheinen ließen: Nebel, Nebel, stets wieder Nebel. Parmelin wurde immer ungeduldiger, die Freunde hatten Mühe, ihn zurückzuhalten und zu trösten. Die Aufregung war groß, als Mittwoch früh die Engenwölfe erkundet, dass am nachmittag Parmelin unter allen Umständen aufbrechen wolle. Der Präsident der Schweizer Fluggesellschaft und der italienische Konsul Graf Paurenza eilten um die festgesetzte Zeit auf den Flugplatz von Collex-Bossy; eine Anzahl Flieger, Mechaniker und einige Journalisten waren anwesend. Um 1 Uhr begann die Prüfung des Apparates; eine leichte Unmuthung der Freunde und im nächsten Augenblick rattert das Flugzeug davon und steigt in die Höhe. Die Aufregung läuft alle schweigen. Bis zu 700 Meter schreibt sich das Flugzeug empor: dann entwindet es in der Richtung auf das Massiv des Mont Blanc. In Aosta auf der italienischen Seite herrscht Aufregung und auch Zweifel. Schon viermal kamen aus Genf falsche Nachrichten, die den Abflug Parmelins meldeten. Wie er heute kommen? Über trost des leisen Zweifels sind alle Blicke auf den Horizont gerichtet, der Hauptplatz der Stadt ist von Neugierigen besetzt. Wird er kommen? Da plötzlich rauscht es auf, erst eine Stimme, dann viele und zum Schluss ein ganzer Sturm: „Eccolo, eccolo! Da ist er, da kommt er!“ Und deutlich sieht man fern im Einschnitt der Bergketten dunkel das Flugzeug im Sonnenlicht, sieht es näher kommen, beginnt das Rauchen der Motoren zu vernehmen; und eine Viertelstunde später ist Parmelin vor der Stadt gelandet. Alles lärmte hinzu, die Behörden, die Menge: er aber ist schon abgestiegen, lächelt, läuft und beginnt seinen Apparat auf das Genannte zu untersuchen. Das dauerte eine ganze Reihe von Minuten; erst dann kommt die unvermeidliche Zigarette. Man packt ihn in ein Auto und im Triumph bringt man ihn in die Stadt. Er scheint nicht im Geringsten ermüdet, bleibt still und bescheiden, aber die Freude spricht aus seinen Blicken. Und dann, als man ihn drängt und mit Fragen bestürmt, beginnt er zu erzählen. „Ja, was soll ich denn erzählen? Meine Einräder? Wenige, aber klare. Ich stieg langsam auf, und dann nahm ich gradewegs Richtung auf den Mont Blanc, der sich prachtvoll vom blauen Untergrund abhob. Während der ersten 1500 Meter fanden einige lange Augenblicke, ich fürchtete, die Fahrt nicht durchführen zu können, denn der Motor arbeitete nicht regelmäßig. Dann aber gelang es mir, ihn zu bändigen. Im zweiten Teil stieg ich sofort hoch empor, auf 2000 Meter; und hier fanden heftige Windstöße, die mich umherwarfen. Der Augenblick war gekommen, da ich absolute Herrschaft über meine Nerven gewinnen musste: vor mir lag der Mont Blanc. In dieser Minute setzte ein starker Südwest ein, der mich vom Wege abtreiben wollte, es gab einen ziemlichen Kampf. Die Kälte war außerordentlich, noch fühlte ich meine Schulter halb erstarren. Dann aber erreichte ich 5300 Meter Höhe, glitt über den Mont Blanc hin, stieg dann auf 4000 Meter hinab, und als ich fern in der Ebene große Nebelwolken sah, beschloss ich, bald zu landen. Ach, es war verrückt.“ Vorausichtlich wird Parmelin auf dem gleichen Wege über den Mont Blanc nach Genf zurückkehren.

Das Hospiz auf Sankt Bernhard geschlossen? Das berühmte Hotel des St. Bernhard-Mönche wird, wenn sich die besten Bilder wie vorgestern gebracht haben, wieder, wenn sich die Verhältnisse nicht bessern, nach dem „Catholic“-Bulletin geschlossen werden. Die Ursache davon ist, dass die Touristen wohl die Gastfreundschaft der Mönche genießen, aber das Hotel darüber in keiner Weise entzähnen. Die Zahl der Besucher wird auf 20.000 jährlich geschätzt, alle erhalten umsonst Kost und Logis — luh der Dank: siehe die Spalten der überlieferten Blätter — Verhütung und Verhöhnung der katholischen Orden, nachdem man ihre Gastfreundschaft missbraucht hat.

Ein Priester als Bücherdieb. Vor einigen Wochen ging durch eine gewisse Presse unter obigem Titel die Notiz: „Aufsehen erregt in Paris die Verhaftung des 56 Jahre alten Abbes Bloquin, eines geächteten Priesters. Ihm kommt nachgewiesen, dass er seit geraumer Zeit in öffentlichen und privaten Bibliotheken eine Anzahl wertvoller Bücher entwendete.“ Auf Befragen erklärt nur das erzbischöfliche Ordinariat in Paris: „Einen Priester Bloquin gibt es in der Erzbistums Paris nicht. Auch sonst ist uns kein Abbe Bloquin bekannt. Sollte tatsächlich ein Büchereid im Priestergewand verhaftet worden sein, was wir bisher nicht in Erfahrung bringen konnten, dann muss es sich wohl um einen Schwindler handeln.“

Berichter. Der Staatsanwalt hat seine Anklage gegen den Verteidiger erhält das Wort, erhebt sich und beginnt: „Meine Herren Geschworenen, die Unschuld des Angeklagten ist so sonnenklar, dass ich überhaupt nicht weiß, was ich noch sagen soll, jedes Wort wäre überflüssig.“ (Der Verteidiger spricht weiter.) — Vorsitzender (nach einer Stunde): „Ich bitte den Herrn Verteidiger, sich etwas kürzer zu fassen.“

Unter Studenten. Weißt du, diese Millionäre haben auch kein angenehmes Leben! Wenn man so liest, dass sie fortwährend Drohbriefe kriegen, sie sollten sofort eine bestimmte Summe bezahlen oder es würde ihnen etwas passieren!“

Ein Treppenpolizist. „Karie“, sagt die Gnädige, ich bin mit Ihnen unzufrieden. Sie wissen nicht ordentlich Stand im Hause. Das Treppengeländer ist ganz schwach. Wenn ich denke, wie es bei Meyers aus sieht, da blüht es immer wie poliert!“ — „Ja, gnädige Frau, Meyers haben aber auch drei kleine Jungens!“

Zoologisches. Dame: „Warum nennt Ihr denn eure Lehrerin immer die Rachtigall? Singt sie so schön?“ — Meines Mädchens: „Rein, aber sie schlägt!“

Literarisches

Alle hier aufgezählten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Rheinischen Volkszeitung.

Lehr- und Übungsbuch der Stenographie. Verleger: Dr. Gabelsberger von W. Winkler, Nammer-Stenograph. 4. verbesserte Aufl. Mit einem Anhang: Übungsbuch für Handelschulen und Einflüsse in die Redeschrift. Stenographie-Verlag, Darmstadt. Sch. 1 M. — Der Verfasser dieses Lehr- und Übungsbuchs der seit Jahren mit seinen Lehrrätseln auf stenographischen Ge-

biete eine Reform des Stenographieunterrichts anstrebt, sucht eine leichtere Erlernbarkeit auf methodischen Wege zu erreichen, also eine Vereinfachung des Unterrichts ohne Systemanderung und ohne spätere Umstellung. Es scheidet das Schwierige zunächst aus, um es erst dann zu bringen, wenn es aus dem vorangegangenen Leichteren und Grundlegenden entwickelet und begreift werden kann. Die vorliegende 4. Auflage bringt eine Vermeidung der stenographischen Wörterbeispiele und enthält als Neuerung eine Einführung in die Redeschrift. Das Lehrbuch kann bestens empfohlen werden.

H. Hirt's Sammlung von deutschen Landeskunden: Bandes-Lande der Provinz Hessen-Nassau von Oberlehrer Dr. Ernst Meyer (Wiesbaden) und Prof. Dr. Fr. Vothe (Frankfurt) mit 49 Karten und Abbildungen. Verlag: Ferdinand Dietz, Breslau. Kart. 1 M. — Die vorliegende Landeskunde ist nach den Gesichtspunkten der vergleichs-degradierten Methode aufgebaut, überall ist auf die ursprüngliche Verhüting der geographischen Erinnerungen Gewicht gelegt. Daher ist die Landschafts- und die Ortschaftskunde zu einem Ganzen vereinigt und sind die Siedlungen jetzt bei den natürlichen Bodenabschlägen aufgeführt, aus deren Bedingungen sie hervorwachsen. So sucht die Landeskunde überall den Weg vom Willen zum Begegnen zu weisen. Die geschichtliche Darstellung gibt einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Kultur- und Kulturerziehung der einzelnen Teile der Provinz. Der Sinn für die Geschichte der Heimat wird dadurch geweckt und gefürt und die Erinnerung an geschichtliche Ereignisse festigt werden. So wird die Jugend mit gesittetem Gewissen die Heimat betrachten können.

Der Militärdienst. Ratgeber in militärischen Angelegenheiten, hauptsächlich für die Zeit bis zum Eintritt in den aktiven Dienst und von der Entlassung aus dem aktiven Dienst bis zur Beendigung der Militärdienstpflicht. (Staatsbüger-Bibliothek Heft 42.) 8.-15.-M. Gladbach 1914. Volkvereinsverlag GmbH. Preisfrei 45.-Pfg. — Das Schriftchen bringt nicht nur die Bestimmungen betreffend die gesetzliche Wehrpflicht, sondern auch das Notwendige betreffend den freiwilligen Militärdienst und den Eintritt auf Beförderung zum Offizier, Militärarzt usw., ferner auch eine Aufzählung der Sonderrechte des Militärlandes und Angaben über Leistungen für die bewaffnete Macht im Frieden und im Kriege. Ein Socheister erleichtert das Nachschlagen und Mutter zu Schriften die Abschaffung leichterer für die verschiedenen Anmeldungen, Eingaben u. dgl.

Wiesbaden-Marktbericht Wiesbaden.

16. Februar 1914.

	Preis	Preis
Ochsen a) vollst. ausgem. ausgew. höchst. Schlachtwert	50.-54	80.-85
2. die noch nicht gezogen haben (ungezogene)	40.-53	87.-91
a) möglichst jungfr. und gut gesetzte ältere	45.-48	83.-86
Butzen a) voll. ausgew. höchst. Schlachtwert	45.-48	76.-81
b) vollst. jüngere, jünger	42.-45	71.-75
c) möglichst gesetzte jüngere und gut gesetzte ältere	—	—
Hörner und Kühe a) vollst. jüngere ausgemästete Hörner höchst. Schlachtwert	48.-52	84.-93
b) vollst. ausgemästete Kühe höchst. Schlachtwert	30.-43	70.-76
c) wenig gut entwickelte Hörner	42.-46	75.-82
2. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte Kühe	34.-37	64.-69
d) möglichst gesetzte Kühe und Kühe	29.-33	58.-62
Wiederkäuer a) möglichst ausgewachsene Wiederkäuer	—	—
b) ausgewachsene Kühe höchst. Schlachtwert	51.-52	85.-91
c) möglichst gesetzte Wiederkäuer	—	—
Wiederkäuer und Kühe a) Wiederkäuer und Kühe ausgewachsene	47	86
b) geringe Kühe und Schafe	—	—
c) möglichst gesetzte Wiederkäuer und Schafe (Wiederkäfer)	—	—
Schweine a) vollst. Schweine von 80-100 kg. Lebendgew.	51.-52	85.-87
b) vollst. Schweine unter 80 kg. Lebendgew.	52	87
c) vollst. Schweine von 100-200 kg. Lebendgew.	52.-55	86.-87
d) vollst. Schweine von 120-150 kg. Lebendgew.	51.-52	84.-85
e) betriebsweise über 3 Hektar Lebendgewicht	40.-50	61.-63
f) unreife Säue und gesetzte Ochs.	—	—
Auflieb: Ochse 54, Bulle 25, Kühe und Färsen 185, Küller 333	—	—
Kühe 75, Schweine 1079.	—	—
Marktverlauf: Geschäft in allen Viehgattungen ruhig, bei Großvieh bleibt Ueberhand.	—	—

Preußischer Landtag.

Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhaus.

— Berlin, 16. Februar.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Besprechung der nordschleswigschen Frage fort. Doch einmal flammt die Leidenschaft bei den Kämpfern der Nordmarkspolitik der Regierung gegen die Dänen auf. Man warf der Regierung vor, daß sie in Nordschleswig „alles kaput“ gemacht habe. Ruhiger wurde die Aussprache, als man auf Sparlassefragen zu sprechen kam. Man stellte hin und her über einen Antrag auf Abänderung der Ausführungsbestimmungen zu dem seinerzeit jahrelang umstrittenen Gesetz über Anlegung von Sparlassebeständen in Inhaberpapieren, konnte aber auch jetzt zu keiner Einigung kommen. Morgen wird man über den Antrag weiter beraten.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 16. Februar.

Am Ministerisch: von Dallwitz.
Präsident Graf von Schwerin-Dönhoff eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Der Staat des Ministeriums des Innern.

(7. Tag.)

Die Besprechung der nordschleswigschen Frage wird fortgesetzt.

Abg. Wittrock (Sp.): Ich bedauere, daß die dänische Regierung zugestimmt hat, und daß die politischen Begegnungen sich verschärft haben. Man kann fast sagen: Alles ist kaputt! Vor 20 Jahren arbeiteten Deutsche und Dänen noch einiglich zusammen, und das Deutschland nahm zu. Mit dem Straßensechstel von 1888 wurde es anders. Jetzt kommen die Dänen sagen: Man will uns die Muttersprache nehmen. Es kam die Adels-Politik mit ihren Transfusionsen und Sanktionierungen gegen die Dänen. An seiner Spitze standen wir noch heute. Es entspricht nicht unserem Gerechtigkeitsgefühl und liegt nicht im Staatsinteresse. Bei der Auswahl von Beamten sind die Söhne des Landes vor allem heranzubringen. Man germanisiert am besten, wenn man nicht die Absicht verfolgt, zu germanisieren. Die Ostbahn muß gebaut werden, doch sind hierbei die Unterliegenden Flensburg in erster Linie zu berücksichtigen. Das Verbot von Ammendorfs Vortrag war nicht zu rechtfertigen und muß deshalb aufgehoben werden. Die Regierung muß vornehm und ritterlich vorgehen, um die Dänen zu treuen Söhnen unseres Landes zu machen. (Beifall links.)

Abg. Ströbel (Soz.): Das preußische Vorgehen in der Nordmark ist eine Vergewaltigung eines Teils der preußischen Staatsbürgertum. Die Dänen wollen sich nicht zu Mumprenen prägen lassen, ebenso wie sich die Deutschen solange dagegen gewehrt haben. Dänen zu werden, bis Preußen und Österreich sich 1864 den Raub teilen und 1866 Preußen den Raub ganz einstreiten. Das Verbot, dänische Redner ins Land zu lassen, geht soweit, daß man sogar dem Begründer des dänischen Volksheims verboten hat, in Flensburg zu reden.

Minister des Innern von Dallwitz: Wenn der Abg. Ströbel es als einen Raub bezeichnet, als es Würde und Überzeugung diplomatische gelang, den deutschen Brüder zu Hilfe zu eilen und sie vor dem Herrschaftsrecht seines nationalen Empfindens, (Redebeitr. Rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz um Zulassung des dänischen Redners, des Oberpräsidenten des Polstings, um Dispens von § 12 des Vereinigungsrechts, mußte abgelehnt werden, weil es sich um eine ganz gewöhnliche sozialdemokratische agitatorische Versammlung der dänischen Sozialdemokratie in Flensburg handelte. Wenn Herr Stauning trotzdem persönlich sich an der Verhandlung beteiligte, so hat er sich damit einer dreisten Herausforderung und Verhöhnung der staatlichen Autorität und der preußischen Behörden, sowie der gesamten deutschen Bevölkerung schuldig gemacht. (Unruhe bei den Sozialdemokraten, lebhaftes Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf von Neuenburg (Cons.): In der Flensburger Versammlung waren nicht nur Flensburger anwesen, sondern es waren Bewohner aus ganz Nord-Schleswig, sogenannten. Den Staatskanzler, der sein Verbot einleitete wollte, muß ich im Schuh nehmen. Es ist kein Zweifel, daß früher das Deutschland in der Nordmark Fortschritte gemacht hat. Es wurde dann später aber eine gewisse Stellung der Politik von Berlin aus vermehrt. Die Beamten, die als Landräte ins Land geschickt werden, dürfen ihre dortige Wirkung nicht lediglich als Sprungbrett für höhere Posten ansehen. Ich bitte die Regierung, stets nach engagiert in der Nordmark vorzugehen. (Beifall rechts.)

Abg. Kloppenborg (Dän.): Wenn man hier immer den Optantenvertrag angreift, erschwert man die Ausführung dieses Vertrages. Um uns für den Reichsgedanken zu gewinnen, müssen Sie eine großzügige noble Politik verfolgen und alle Ausnahmebedingungen gegen uns fallen lassen. Das Nationalitätsgefühl lebt auch dann noch weiter, wenn die Grenzen

geändert werden. Mit Weitschenbleben kann man es nicht austreiben. Dabei hat man in der Flensburger Versammlung noch mehr Unterdrückung gefordert. Durch eine solche Politik können Sie uns wohl retten, aber Sie werden dadurch nichts gewinnen.

Abg. v. Bonin-Stormarn (freit.): Auf die vielen Übertriebungen des Vorredners aus einer weit zurückliegenden Zeit will ich nicht eingehen. Wenn man dem Rezept des Herrn Wittrock folgen will, braucht man überhaupt keine Politik in der Nordmark zu treiben.

Ein Antrag auf Schluss der Besprechung wird angenommen.

Sparlassefragen.

Die Debatte wendet sich hierauf dem Antrag der Abg. Dr. Hahn (cons.): Weier-Diebold (ml.), Reinhard (Cir.), von der Wense (freit.) und Genossen zu auf Abänderung der Ausführungsanwendung zum Gesetz über die Anlegung von Sparlassebeständen in Inhaberpapieren dahin, 1. die Einstellung ihres Pflichtbestandes an Inhaberpapieren in die Bilanz nach dem Ankaufswert vorzunehmen, 2. die durchmäßigen Kursverluste solange vom Reservesfonds abzuschreiben, als dieser nicht unter 20 Prozent der Einlagen sinkt, 3. die Rinnen des Reservesfonds den Jahresüberschüssen hinzuzurechnen.

Abg. Dr. v. Kries (cons.): Mit dem Punkt 1 läßt sich die Forderung nicht vereinen, daß die Sparlasse nach den Grundsätzen kaufmännischer Solidität geführt werden müssen. Aus denselben Gründen sind wir gegen Punkt 2. Ein liquider Reservesfonds ist dringend bei den Sparlasse geboten. Wir sind auch gegen Punkt 3, weil wir wissen, daß auch ohne eine solche Bestimmung die Sparlasse die schwierige Situation überwinden werden. Einer Kommissionsberatung werden wir uns nicht widersetzen.

Abg. Reinhart (Cir.): Ich bin ein Gegner des Sparlassegesetzes. Es lag die Verlockung nahe, nachzuweisen, wie unsere Erfahrungen sich bewährt haben. Ich will ihr widerstehen, um den Minister des Innern, der nun schon so lange auf die Billigung seines Gesetzes warten muß, nicht noch länger auf die Folter zu spannen. (Heiterkeit.) Eine große Anzahl von Sparlasse muss

ihre segende Tätigkeit einzstellen, die sie mit Hilfe ihrer Überflüsse entfaltet haben, wenn die Bedingungen für die Anlage in Staatspapieren nicht erleichtert werden. Kursverluste müssen die Sparlasse voll abschreiben, Kursgewinne — sie flingen allerdings bei fettzinslichen Papieren wie ein Märchen aus alten Zeiten — dürfen nur bis zum Anfangszeitpunkt gebucht werden. Damit stellt man sie schlechter als die Aktiengesellschaften.

Die Sparlasse müssen in irgend einer Form vor den großen Kursverlusten durch die Schwankungen der Papiere geschützt werden. Ein Teil meiner Fraktion hat allerdings gegen die von dem Antrag vorgebrachten Mittel Bedenken. Für den Vorschlag der Anlegung der Inhaberpapiere in die Bilanz zum Ankaufswert haben sich seinerzeit im Herrenhaus zwei Vertreter von Großbanken ausgesprochen: vom laufmännischen Standpunkt aus muß der Vorschlag also nicht so ganz unmöglich sein.

Sollte sich für diesen Vorschlag keine Mehrheit finden, so könnte man vielleicht einen Durchschnittswert festlegen. Ein großer Reservesfonds ist ja gewiß auch bei Sparlasse erwünscht, aber eine so große Notwendigkeit wie bei Banken und anderen privaten Unternehmen ist es doch bei diesen öffentlichen Institutionen nicht; es dürften 2 Prozent doch wohl ausreichend sein.

Auch der dritte Punkt erscheint unbedenklich, da es wohl nur wenige Sparlasse geben dürfte, die aus den Zinsen ihrer Reservesfonds nennenswerte Einnahmen erzielen. Wir bitten, den Antrag der Gemeindesmission zu überweisen.

Minister des Innern v. Dallwitz: Ich habe die Oberpräsidenten angewiesen, möglichst Erleichterungen einzutreten, doch nicht über 5 Jahre hinaus. Dem Wunsch, den Sparlasse zu gestatten, die Inhaberpapiere zum Ankaufswert in die Bilanz einzustellen, kann ich nicht entsprechen, da es ungefehlert wäre, für die Sparlasse eine besondere Regelung zu treffen. Man muß verhindern, daß Gewinne ausgeschüttet werden, die nur auf Kursgewinne zurückzuführen sind. Ein Gewinn kann nur verteilt werden, wenn die Emissionen wirklich verkauft sind. Was den Punkt 2 des Antrags anlangt, so haben wir schon ein weitgehendes Entgegengkommen dadurch bewiesen, daß wir diejenige Höhe des Reservesfonds, von der ab Dividenden verteilt werden können, von 5 auf 2 Prozent herabgesetzt haben. Damit ist wohl die Grenze des Möglichen erreicht. Würde man auch noch die Kürzerde des Reservesfonds aufbürden, so würde dieser bald verschwunden sein. Es liegt momentan im Interesse der Garantieverbände, daß der Reservesfonds in genügender Höhe erhalten bleibt. Den Punkt 3 des Antrags habe ich schon seinerzeit im Herrenhaus befürwortet, da dadurch die Ansammlung von Reservesfonds verlangsamt würde.

Abg. Haukemann (ml.): Wir sind mit einer Kommissionsberatung einverstanden. Die Sparlasse dürfen nicht mit Kreidestituten verglichen werden, da sie auf der finanziellen Kraft der Gemeinden beruhen. Ihr Reservesfonds ist keine Sicherung der Einleger, sondern für die Garanten ein Ausgleichsfonds bei besonderen Verlusten. Deshalb ist ein Reservesfonds von mehr als 2 Prozent nicht erforderlich.

Abg. Krüger-Hagen (Sp.): Der Antrag unter 1 könnte zu Bilanzverschiebungen führen. Wenn der Antrag angenommen wird, so wird er weitgehende

fähre über den Haushalt werfen. Manche Sparlasse treiben eine Finanzpolitik, die man wirklich nicht weiß, ob man ihnen noch länger die Mündlichkeit gewähren darf. Bedenken haben wir auch gegen die Bißler 2. Lieber 3 läßt sich reden; vielleicht wird in der Kommission hier etwas Brauchbares herauskommen.

Hierauf verzog das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. Außerdem Abstimmungen, Interpellation und Anträge über die Hochwasserschäden an der Ostecke, Dortmund-Eingemeindungsvorlage, Einzelberatung des Etats des Ministeriums des Innern.

Schlüß 4% Uhr.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild aus dem Reichstag.

— Berlin, 16. Februar.

Der Reichstag begann heute die zweite Sitzung des Justizrats. Wie üblich brachten alle Parteien zunächst in einer allgemeinen Aussprache durch ihre Redner ihre Klagen und Wünsche vor, die sie zu diesem Etat haben. Man fragte über die Berichterstattung in Skandalprozessen in der Presse, über „Künstler-Karten“, die „Ausquertzung“ der Zeugen vor Gericht, wünschte eine reichsgerichtliche Regelung des Freiemens und trat für eine Reform unserer Gesetzgebung ein, die unserem Wirtschaftsleben angepaßt werden müsse, die insbesondere in einer Beschleunigung und Vereinfachung der Rechtspflege bestehen müsse. — Morgen wird man weiterberaten.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage.

215. Sitzung vom 16. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Lübeck.
Präsident Dr. Raemps eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Der Etat für die Reichsjustizverwaltung.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.): Bei der Auswahl der Geschäftsräume wird gehörig geplaudert. Weitkreise der Bevölkerung werden abschließend ausgeschlossen. Wo bleibt das Jugendgerichtsrecht? Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Rechts arbeitet sehr langsam. Auf politischem Gebiete geht man rascher vorwärts. Da will man die Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterschaft verteidigen. Die politische Freiheit der Arbeiter will man vernichten. Die Arbeiterschaft wird das mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Die religiöse Eidesform muß abgeschafft werden. Eine Pfaffenjustiz ist unvermeidbar. In der Polizei zeigen sich Faulnis und Korruptionserscheinungen. Der Kölner Polizeiprozeß hat teilweise Ausstände aufgedeckt. An anderen Orten wird Appelle direkt unter den Augen der Polizei getrieben. Eine Reform des Polizeivereins ist dringend erforderlich. Sollte der Reichstag aufgelöst werden, so werden die Regierungen schon ingediebenen Wahlshindernis erkennen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Richter durch freie Wahl der Volksgenossen gewählt werden. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Raemps: Ich rufe den Redner wegen seiner Bemerkung, betreffend den Wahlshindernis der Regierungen, zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Belzer (Cir.):

Über die Abbermassare will ich hier nicht sprechen — o röhret, röhret nicht daran! (Heiterkeit.) Die Kämpferasse wollen sich beim Militärsrat behaupten. Die Stelle des sechsten Reichsanwalts wollen wir nicht befüllen und werden deshalb amüslich dem Kommissionsbeschluss die auf Bleiderstellung des Postens abzielenden Anträge ablehnen. Wir danken dem Staatssekretär für die Erfüllung einer Reihe unserer Wünsche und seine Vereinfachung der Verabsichtung weiterer Wünsche. Wir bedauern, daß es nicht gelungen ist, das Luftschiffahrtsgebot internationale zu regeln. Die nationalliberale Resolution, die einen Gelegenheitswurf über den Zwangsvorfall außerhalb des Konturtes fordert, halten wir für überflüssig, da wir im Vorjahr eine gleiche Resolution fast einstimmig angenommen haben und das Justizamt dafür eingeschworen sind. Die Dauer des Prozesses

ist in Oesterreich viel geringer als bei uns. Unter

Abg. Schiffer (ml.): In diesem Vertrauen steht es im Volle nicht, selbst nicht in sozialdemokratischen Kreisen. Gewisse Heilsprüche kommen auch vor, aber nirgends so wenig als bei uns. Gewöhnliche Richter würden nicht objektiver, denn sie können ja unmittelbar aus den Reihen der Parteien und könnten nicht unabhängig sein wie unsere Richter. Viele Richter verfallen leicht in dem Verbrechen, ganz unabhängig zu sein, in den gegenwärtigen Fehler und bedauern Arme und Niedrige besser als die reichen Unternehmer. An vielen Entscheidungen, die als Heilsprüche angesehen werden, ist nicht der Richter, sondern das Gesetz schuld, das ihn bringt, so zu urteilen. Wir müssen uns bemühen,

um unsere Gesetzgebung dem modernen Wirtschaftsleben anzupassen.

Herrn werden Zeit und Geld vergessen. Es ist geradezu unverständlich, für jedes Schimpfwort gleich zum Rad zu laufen. Ich nehme es niemandem übel, wenn er einen anderen beleidigt will, der es verdient. Wer die Wahrheit sagen will, soll sie auch sagen können, ohne sofort wegen formaler Beleidigung bestraft zu werden. Wir fordern in einer Resolution einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung und Vereinfachung der Rechtspflege. Mit der Art der Verhandlungen der Prozesse können wir in letzter Zeit nicht zufrieden sein. Es ist ungebührlich, wenn ein Vorstehender vor Beginn der Verhandlungen Bulletrillen verliest. Das ist Wichtigmachen und soll nur auf die Drahtenlebenden einbinden machen. Gerede zu Bonn muss werden in solchen Prozessen geprägt. Man hört von allgemeiner Heiterkeit. Und das alles auf Kosten des Mannes, der vielleicht um sein Leben ringt. Vom Richter muss unerbittliche Selbstbeschränkung verlangt werden. Seine erste Tugend muss die der Geduld sein. Für ihn muss es gelingen: Erst kommt der Mensch, dann der Justiz.

Abg. v. Padewski (Pole): Auch wir wünschen eine Beschleunigung der Rechtspflege.

Dienstag 1 Uhr: Kleine Anträge, Abstimmungen über die Olympiaanträge, Weiterberatung.

Schlüß 7 Uhr.

Schwarze Kleidung

als Spezialität der Firma Stels
in grosser
Vielseitigkeit
am Lager.....

Bestellungen werden sofort erledigt.



Telef. 6365

S. GUTTMANN

Zahn-Atelier Hans Sebök, Dentist

Fruchtmärkt Bingen a. Rh. Ecke Amtstr.

ehemal. erster Techniker bei Herrn Univ. Prof. Dr. Mayrhofer, sowie am zahnärztl. Institut der K.K. Universität Innsbruck u. der Königl. Universitäts-Zahnklinik Budapest.

Künstliche Zähne, Kronen- und Brückenarbeiten, Plomben usw. in nur erstklassig vollendeter Ausführung.

Sprechstunden von 9-12 und 2-6 Uhr, Sonn. & 10-11.

geändert werden. Mit Weitschenbleben kann man es nicht austreiben. Dabei hat man in der Flensburger Versammlung noch mehr Unterdrückung gefordert. Durch eine solche Politik können Sie uns wohl retten, aber Sie werden dadurch nichts gewinnen.

Abg. v. Bonin-Stormarn (freit.): Auf die vielen Übertriebungen des Vorredners aus einer weit zurückliegenden Zeit will ich nicht eingehen. Wenn man dem Rezept des Herrn Wittrock folgen will, braucht man überhaupt keine Politik in der Nordmark zu treiben.

Ein Antrag auf Schluss der Besprechung wird angenommen.

Sparlassefragen.

Die Debatte wendet sich hierauf dem Antrag der Abg. Dr. Hahn (cons.): Weier-Diebold (ml.), Reinhard (Cir.), von der Wense (freit.) und Genossen zu auf Abänderung der Ausführungsanwendung zum Gesetz über die Anlegung von Sparlassebeständen in Inhaberpapieren dahin, 1. die Einstellung ihres Pflichtbestandes an Inhaberpapieren in die Bilanz nach dem Ankaufswert vorzunehmen, 2. die durchmäßigen Kursverluste solange vom Reservesfonds abzuschreiben, als dieser nicht unter 20 Prozent der Einlagen sinkt, 3. die Rinnen des Reservesfonds den Jahresüberschüssen hinzuzurechnen.

Abg. Dr. v. Kries (cons.): Mit dem Punkt 1 läßt sich die Forderung nicht vereinen, daß die Sparlasse nach den Grundsätzen kaufmännischer Solidität geführt werden müssen. Aus denselben Gründen sind wir gegen Punkt 2. Ein liquider Reservesfonds ist dringend bei den Sparlasse geboten. Wir sind auch gegen Punkt 3, weil wir wissen, daß auch ohne eine solche Bestimmung die Sparlasse die schwierige Situation überwinden werden. Einer Kommissionsberatung werden wir uns nicht widersetzen.

Abg. Reinhart (Cir.): Ich bin ein Gegner des Sparlassegesetzes. Es lag die Verlockung nahe, nachzuweisen, wie unsere Erfahrungen sich bewährt haben. Ich will ihr widerstehen, um den Minister des Innern, der nun schon so lange auf die Billigung seines Gesetzes warten muß, nicht noch länger auf die Folter zu spannen. (Heiterkeit.) Eine große Anzahl von Sparlasse muss

ihre über den Haushalt werfen. Manche Sparlasse treiben eine Finanzpolitik, die man wirklich nicht weiß, ob man ihnen noch länger die Mündlichkeit gewähren darf. Bedenken haben wir auch gegen die Bißler 2. Lieber 3 läßt sich reden; vielleicht wird in der Kommission hier etwas Brauchbares herauskommen.

Hierauf verzog das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. Außerdem Abstimmungen, Interpellation und Anträge über die Hochwasserschäden an der Ostecke, Dortmund-Eingemeindungsvor

Königliche Schauspiele
Wiesbaden.
Dienstag, den 17. Februar 1914
49. Vorstellung.
31. Vorstellung im Abonnement A.
Mignon.

Oper in 3 Akten. Mit Beweinung des Goethe'schen Nomos „Wilhelm Meisters Lehrjahr“ von Michel Carré und Louis Harriet. Deutlich von Herd. Gumbert. Musik von Ambroise Thomas.

Personen:

Wilhelm Meister Herr Scherer
Eduard Herr Saal
Kohl Herr Saal
Kohl Herr Saal
Festzelt Herr Saal
Mignon Frau Klemm
Dame, Alterset. Höher Herr Scherer
Schwester Herr Scherer
Dame aus Eisenach Herr Scherer
Dame des Kastenwagens Herr Scherer
Gute Seele Herr Scherer
Ein Diener Herr Scherer
Ein Kaufmann Herr Scherer
König, ein alter Dienst Herr Scherer
Deutsche Bürger, Dassen und Blasiusse Herr Scherer
am Schlossgarten. Bürger und Blasiusse Herr Scherer
Schiller. Schauspieler und Schauspielkunst Herr Scherer
Herr und Dame von Hof. Bettina Herr Scherer
Der 1. und 2. Akt spielen in Eisenach, der 3. Akt in Wiesbaden gegen 1790.
Leitung der vor kommenden Tage:
Herr Scherer.

Nach dem 1. und 2. Akt 12 Minuten

Pause.

Ausgang 7 Uhr Ende 9.10 Uhr

Gewöhnliche Preise

Mittwoch: Eva. Ab. B.

Donnerstag: Eva. Ab. D.

Freitag: Der verwandte Komdiant.

Der Dienst zweier Herzen. Ab. C.

Samstag: Polenblut.

Sonntag: Carmen. Ab. A.

Montag: Robert und Bettina. Ab. D.

Dienstag: Polenblut. Ab. B.

Residenz - Theater

Wiesbaden.

Dienstag, den 17. Februar 1914.

Hochgeboren.

Schauk in 3 Akten von Curt Kraay.

Ausgang 7 Uhr Ende 9.15 Uhr

Mittwoch: Wandragola.

Donnerstag: Römischer.

Freitag: Roma Roma.

Samstag: Hochzeit. Scene. Der un-

getreue Edelhart.

Kur - Theater Wiesbaden.

Dienstag, den 17. Februar 1914.

Gästspiel von Dr. O. Krüger.

Sechs-Ensemble m. groß. Orchester.

Eine angenehme

Hochzeitsnacht.

Schauk von A. Raaz.

Serenissimus.

Zwischenstücke.

Ausgang 8 Uhr Ende geg. 10.30 Uhr

Stadt - Theater Mainz.

Dienstag: Vorzugs-Aufführung und zwei

gefährliche Alter.

Mittwoch: Spanische Rendite.

Donnerstag: 7.10.

Freitag: Die Boheme.

Samstag: Die lädierte Ungarin.

Sonntag nachm.: Martha. Abends:

Polenblut.

Montag nachm.: Bunter Nachmittag.

Abends: Die Friedemann.

Straussfedern.
Manufaktur

Blanck

Wiesbaden

Friedrichstrasse 39, 1. Stock

Export. Engros. Detail.

Grüsses und

reichhaltigstes Lager.

Billigste Fabrikpreise.

Hüte-, Federn-, Reiher-, Boa-

Umarbeitungen in bekannt sorg-

fältiger Ausführung.

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •

• • •